

STATISTIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Band 20

**DIE UMSTELLUNGSGRUNDSCHULDEN
AM 31. MÄRZ 1950**



Herausgeber: Statistisches Bundesamt / Wiesbaden

54. 2971 Q

W. Kohlhammer-Verlag / Stuttgart-Köln

C 13-012321

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
A. Rechtsgrundlage und statistische Erfassung der Umstellungsgrundschulden	5
1. Wesen und rechtliche Konstruktion der Umstellungsgrundschulden	5
2. Die Erhebung der Umstellungsgrundschulden nach dem Stand vom 31. 3. 1949	6
3. Die Wiederholung der Erhebung der Umstellungsgrundschulden nach dem Stand vom 31. 3. 1950	7
B. Das endgültige Ergebnis der Statistik der Umstellungsgrundschulden vom 31. 3. 1950	7
1. Der Gesamtbetrag der Umstellungsgrundschulden	7
2. Die Veränderungen seit der ersten Erhebung	8
3. Die Schuldnerländer	9
4. Die Verwaltung der Umstellungsgrundschulden	12
5. Der ursprüngliche Sitz der Gläubiger	13
6. Die Bilanz unter regionalem Aspekt und die interregionale Schuldenver- flechtung	14
7. Die Arten der verwaltenden Institute	15
8. Das Kreditvolumen der Institute in der Zeit vor der Geldumstellung	16
9. Das Beleihungsgebiet der wichtigsten Träger des Realkredits in der Reichs- markzeit	17
C. Die Erträgnisse der Umstellungsgrundschulden und die Bedeutung der Ruinen- hypotheken	19
Tabellenteil laut besonderem Verzeichnis	23

Vorwort

Ebenso wie für den 31. März 1949 ist auch für den 31. März 1950 eine besondere Erhebung über den Bestand der bei den Verwaltungsstellen geführten Umstellungsgrundschulden durchgeführt worden. Die Ergebnisse dieser Erhebung, durch die im Bundesgebiet Umstellungsgrundschulden im Gesamtbetrage von 13,6 Milliarden DM ermittelt worden sind, dienen zunächst den Zwecken der Verwaltung, denn sie unterrichten die Länder, die treuhänderisch über die Eingänge aus den Umstellungsgrundschulden verfügen, über den Gesamtbestand dieser Ansprüche und seine Verteilung auf die einzelnen Gruppen von Verwaltungsstellen.

Darüber hinaus aber haben die Ergebnisse einen bedeutsamen allgemein wirtschaftlichen Erkenntniswert. Sie geben nämlich sonst nicht verfügbare Anhaltspunkte über die aus der Zeit vor der Geldumstellung verbliebene Verschuldung sowohl des landwirtschaftlichen wie des städtischen Grundbesitzes. Gleichzeitig vermitteln sie einen Einblick in die für Deutschland typische Organisation des Grundkredits und zeigen insbesondere den Anteil, mit dem Bodenkreditinstitute, Sparkassen und Versicherung einerseits, öffentliche und private Geldgeber andererseits an der Kreditversorgung des Grundbesitzes beteiligt sind.

Die Erhebung ist durch die Statistischen Landesämter durchgeführt worden. Das Bundesergebnis ist im Statistischen Bundesamt in der Abteilung Finanz- und Steuerstatistik, und zwar im Referat des Regierungsrats Dr. Schultze zusammengestellt und mit nachstehenden textlichen Ausführungen ausgewertet worden.

Wiesbaden-Biebrich
im August 1951

Dr. Gerhard Fürst
Leiter des Statistischen Bundesamtes



Die Umstellungsgrundschulden am 31. März 1950

A. Rechtsgrundlage und statistische Erfassung der Umstellungsgrundschulden

1. Wesen und rechtliche Konstruktion der Umstellungsgrundschulden

Die Umstellungsgrundschulden sind nach der Geldumstellung im Zuge der Umstellungsgesetzgebung entstanden und dienen der Sicherung der Ansprüche der aus dem Lastenausgleich Berechtigten. Ihre rechtlichen Grundlagen sind:

1. Gesetz zur Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich vom 2. 9. 1948 (WiGBl. 1948, S. 87);
2. 1. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich vom 7. 9. 1948 (WiGBl. 1948, S. 88);
3. 2. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich vom 8. 8. 1949 (WiGBl. 1949, S. 233);
4. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich vom 10. 8. 1949 (WiGBl. 1949, S. 232);
5. 40. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz, erlassen von der Alliierten Bankkommission, veröffentlicht im Bundesanzeiger 1949 Nr. 11, S. 3.

Das „Dritte Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens“ (Umstellungsgesetz) der Militärregierungen bestimmte in § 16, Abs. 3, daß die Heranziehung der Schuldnergewinne zum Lastenausgleich der deutschen Gesetzgebung obliegt. Im Vereinigten Wirtschaftsgebiet wurde dieser Bestimmung durch das „Gesetz zur Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich“ vom 2. 9. 1948 (im folgenden „Sicherungsgesetz“ genannt) insoweit nachgekommen, als die Schuldnergewinne bei Grundstücken, Schiffen und Bahneinheiten erfaßt wurden, die durch die Umstellung der Grundpfandrechte entstanden waren. Die entsprechenden Landesgesetze für die französische Besatzungszone ergingen in Rheinland-Pfalz am 23. 11. 1948, in Württemberg-Hohenzollern am 3. 12. 1947, in Baden am 22. 2. 1949 und im Kreis Lindau am 4. 2. 1949.

Nach dem Sicherungsgesetz entstehen unmittelbar im Range nach Hypotheken, Grund- und Rentenschulden, die im Verhältnis 10 : 1 umgestellt wurden, Grundschulden, und zwar in Höhe des Betrages, um den der ursprüngliche Reichsmarkbetrag den auf Deutsche Mark umgestellten Betrag übersteigt¹⁾. Diese in Höhe von $\frac{9}{10}$ des ursprünglichen Reichsmarkbetrages entstandenen Grundschulden – sogenannte **Umstellungsgrundschulden** – bedürfen zu ihrer Entstehung und Wirk-

samkeit Dritten gegenüber nicht der Eintragung im Grundbuch (bzw. Schiffsregister); sie unterliegen den gleichen Zins- und Tilgungsbedingungen wie das umgestellte Recht.

Die Umstellungsgrundschulden stehen nach diesem Gesetz treuhänderisch unter der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, jetzt des Bundes, und in der französischen Zone unter der Verwaltung der Länder. Die eingehenden Gelder sind als Treuhandvermögen gesondert zu verwalten. Sie dienen ausschließlich dazu, die entstandenen Schuldnergewinne für den Lastenausgleich sicherzustellen.

Die erste Durchführungsverordnung zum Sicherungsgesetz²⁾ enthält neben Verfahrensvorschriften auch materielle Ergänzungen zum Gesetz.

Im Vereinigten Wirtschaftsgebiet wurde durch diese Verordnung die Ausübung der Rechte, die durch das Sicherungsgesetz begründet wurden, den Ländern übertragen. Die Länder, das gilt auch für die der französischen Zone, sollen die Mittel, die aus den Umstellungsgrundschulden anfallen, zum Wohnungsbau, zur Beseitigung von Kriegsschäden oder zu anderen Bauvorhaben, an die bestimmte Bedingungen geknüpft sind, verwenden. Außerdem sieht diese Durchführungsverordnung bei Umstellungsgrundschulden unter gewissen Voraussetzungen die Pfandentlassung von Grundstücken, die Rangänderung und in Härtefällen den Erlaß von Leistungen vor.

Die zweite Durchführungsverordnung vom 8. 8. 1949 und das Gesetz zur Änderung des Sicherungsgesetzes vom 10. 8. 1949 enthalten verschiedene Ergänzungen. Da sowohl die 2. DVO als auch das Änderungsgesetz nur für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet Gültigkeit hatten, mußten die Länder der französischen Zone die entsprechenden Durchführungsverordnungen, und Gesetze wieder gesondert erlassen. Die Zweite Durchführungsverordnung bestimmt u. a., daß das Sicherungsgesetz auf gesunkene oder für total verloren erklärte Schiffe nicht anzuwenden ist und bezeichnet die Fälle, in denen die Leistungen aus den Umstellungsgrundschulden zu stunden sind. Ferner wurden die Möglichkeiten erweitert, den Rang der Umstellungsgrundschulden zugunsten eines anderen Rechtes zu ändern.

Das Änderungsgesetz enthält eine Neufassung des § 1, Abs. 2 des Sicherungsgesetzes und bestimmt darin die Reallasten, auf die das Sicherungsgesetz entsprechend anzuwenden ist. Außerdem wird das Sicherungsgesetz

¹⁾ Die gleiche Regelung wurde auch für die umgestellten Pfandrechte an den im Schiffsregister eingetragenen Schiffen und an Bahneinheiten getroffen.

²⁾ Im Vereinigten Wirtschaftsgebiet vom 7. 9. 1948, in Rheinland-Pfalz vom 22. 3. 1949, Württemberg-Hohenzollern vom 27. 1. 1949, Baden vom 23. 6. 1949 und Kreis Lindau vom 16. 3. 1949.

vom 2. 9. 1948 durch die §§ 3 a bis f ergänzt, wonach unter bestimmten Voraussetzungen auf die Umstellungsgrundschulden auf Antrag ganz oder teilweise zu verzichten ist. So kann auf die Umstellungsgrundschulden nach § 3 a verzichtet werden, wenn sie auf Grundstücken lasten, die von Kriegssachschäden³⁾ oder von solchen Schäden betroffen sind, die durch Maßnahmen der Besatzungsmächte (insbesondere durch Demonstrationen oder Restitutionsen) eingetreten sind. Ein Verzicht darf aber nur ausgesprochen werden, wenn der zum 21. Juni 1948 ermittelte Einheitswert um mehr als 10 vH niedriger festgestellt wurde als der letzte Einheitswert vor dem Schadensfall⁴⁾. Der Verzicht auf die Umstellungsgrundschuld ist auf Antrag in Höhe des Betrages zu leisten, der sich aus dem Verhältnis des Sachschadens zu dem Einheitswert vor dem Schadensfall errechnet. Nach § 3 b kann der Eigentümer eines beschädigten oder zerstörten Hauses, das wiederaufgebaut wurde, auch verlangen, daß auf den Teil der Umstellungsgrundschulden verzichtet wird, für den die Leistungen aus den Reinerträgen des wiederhergestellten Gebäudes nicht ausreichen. Dieser Verzicht kann dem Eigentümer vor Beginn des Aufbaus rechtsverbindlich zugesichert werden.

Im Herbst 1949 erließ die Alliierte Bankkommission die 40. DVO zum Umstellungsgesetz. Durch diese Verordnung wurden die Zweifelsfragen größtenteils geklärt, die sich bei der Durchführung des Gesetzes ergeben hatten. § 1 der 40. DVO enthält die Bestimmung, daß für die Umstellung von Hypotheken, Grund- und Rentenschulden die Vorschriften über die Umstellung der durch das dingliche Recht gesicherten Forderung gelten. Fremdgrundschulden, die nicht zu Sicherungszwecken dienen, sind im allgemeinen im Verhältnis 10 : 1 umzustellen. Abweichend von diesen allgemeinen Bestimmungen werden in § 2 für bestimmte Fälle Sonderregelungen getroffen. So erfolgt eine Umstellung 1 : 1 u. a. bei Höchstbetragshypotheken und solchen Grundschulden, deren Betrag nach den zwischen Gläubiger und Eigentümer bestehenden Vereinbarungen den Höchstbetrag darstellt, bis zu dem das Grundstück für Forderungen haften soll. In derartigen Fällen entsteht also keine Umstellungsgrundschuld. Durch diese Sonderbestimmung wurde mithin geklärt, wie die Grundpfandrechte umzustellen sind, die zur Sicherung von Kontokorrentkrediten dienen.

2. Die Erhebung der Umstellungsgrundschulden nach dem Stand vom 31. 3. 1949

Zwei wichtige Beweggründe führten zu der ersten Erhebung der Umstellungsgrundschulden nach dem Stand vom 31. 3. 1949. Einmal war es finanzpolitisch notwendig, einen Überblick zu erhalten, wie hoch das den Ländern überwiesene Sondervermögen war und welche Leistungen daraus zu erwarten waren; zum anderen war es volkswirtschaftlich bedeutungsvoll, einen Anhaltspunkt über die Gesamtverschuldung des Grundbesitzes im Bundesgebiet zu gewinnen.

Die Erhebung wurde bei den Verwaltungsstellen für Umstellungsgrundschulden durchgeführt. Mit der Verwaltung waren die Institute von den Ländern betraut worden, die sich in der Regel mit der Gewährung von Realkrediten befassen, d. s. Bodenkreditinstitute, Sparkassen, sowie die Träger der Sozialversicherung und

die privaten Versicherungsunternehmen. Die Gebietskörperschaften wurden diesen Instituten gleichgestellt. Für die Zuständigkeit der Verwaltungsstellen wurden im allgemeinen folgende Bestimmungen getroffen:

- a) Umstellungsgrundschulden aus Institutshypotheken⁵⁾ werden von dem Institut selbst verwaltet. Sofern mehrere Institute als Hypothekengläubiger auftreten, ist das rangbeste Institut die Verwaltungsstelle.
- b) Umstellungsgrundschulden aus Privathypotheken auf Grundstücken, die außer der Privathypothek mit einer Institutshypothek belastet sind, werden von diesen Instituten mitverwaltet.
- c) Umstellungsgrundschulden aus Privathypotheken auf Grundstücken ohne Institutsbelastung werden von besonders namhaft gemachten Instituten verwaltet.

Eine hiervon abweichende Regelung wurde in Rheinland-Pfalz getroffen. Hier werden sämtliche Umstellungsgrundschulden, die auf in Rheinland-Pfalz gelegenen Grundstücken lasten, im „eigenen“ Land verwaltet, und zwar

- a) wenn Gläubiger des umgestellten Rechts ein Kreditinstitut im Lande Rheinland-Pfalz ist, von diesem Institut,
- b) in allen übrigen Fällen von der für den Ort des Grundstückes zuständigen öffentlichen Sparkasse.

Erfaßt wurden in der Erhebung zum 31. 3. 1949 bei den Verwaltungsstellen die Zahl und der Nominalbetrag der von ihnen verwalteten Umstellungsgrundschulden. Um mit der Statistik zugleich ein Bild der volkswirtschaftlichen Verschuldung zu gewinnen, waren die Angaben nach landwirtschaftlichen und städtischen Grundstücken zu trennen. Außerdem wurden in der Meldung die Umstellungsgrundschulden aus eigenen Rechten der Verwaltungsstellen von denen, die aus fremden Rechten entstanden, unterschieden. Bei den aus fremden Rechten entstandenen Umstellungsgrundschulden waren die aus Privathypotheken begründeten besonders auszugliedern. Vor allem waren von den berichtenden Verwaltungsstellen die Angaben regional zu ordnen, d. h. nach den Ländern, in denen die belasteten Grundstücke gelegen sind. Erst diese regionale Gliederung ermöglichte es, durch Zusammenfassung der Ergebnisse aller Länder einen Überblick über die Verschuldung des Grundbesitzes in den einzelnen Ländern zu gewinnen.

Der Gesamtbetrag der erfaßten Umstellungsgrundschulden wurde zum 31. 3. 1949 für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet und Rheinland-Pfalz mit 12,7 Milliarden DM ermittelt, wovon 964,5 Mill. DM auf landwirtschaftliche Grundstücke und 11 758,7 Mill. DM auf sonstige Grundstücke entfielen⁶⁾.

Das Ergebnis mußte aber als unvollständig angesehen werden, da einmal die in Württemberg-Hohenzollern, in Baden und im Kreise Lindau verwalteten Umstellungsgrundschulden nicht erfaßt wurden und zum andern nicht alle Umstellungsgrundschulden aus Privathypotheken bis zu diesem Stichtag angemeldet waren. Andererseits war der ermittelte Gesamtbetrag insofern als überhöht anzusehen, als er zahlreiche Fälle enthielt, die durch gesetzliche Neuregelung statt ursprünglich 10 : 1 nunmehr 1 : 1 umgestellt wurden und damit als Umstellungsgrundschulden ausschieden. Es erwies sich daher als notwendig, die Erhebung zum 31. 3. 1950 zu wiederholen.

³⁾ Im Sinne der Kriegssachschädenverordnung vom 30. 11. 1949.

⁴⁾ Für Grundstücke, die am 21. 6. 1948 zu mehr als 70 vH belastet waren, genügt für den Verzicht ein festgestellter Schaden von 5 vH.

⁵⁾ Hypotheken, bei denen der Gläubiger ein Institut ist.

⁶⁾ Vgl. Statistischer Bericht VII/9/1 vom 3. 3. 1949 und „Wirtschaft und Statistik“, 1. Jahrg., N. F., Heft 5, S. 151.

3. Die Wiederholung der Erhebung der Umstellungsgrundschulden nach dem Stand vom 31. 3. 1950

Das Änderungsgesetz, die 2. Durchf. VO zum Sicherungsgesetz und die 40. Durchf. VO zum Umstellungsgesetz hatten die Unklarheiten über die Begründung von Umstellungsgrundschulden zum größten Teil beseitigt. Da anzunehmen war, daß in der Zwischenzeit auch die Umstellungsgrundschulden aus Privathypotheken bei den Verwaltungsstellen annähernd vollständig angemeldet waren, konnten bei Wiederholung der Erhebung zum 31. 3. 1950 die Mängel beseitigt werden, die sich bei der ersten statistischen Erfassung der Umstellungsgrundschulden ergeben hatten. Die zweite Erhebung der Umstellungsgrundschulden wurde wie im Vorjahr wieder bei den Verwaltungsstellen und nach gleichem Muster durchgeführt. Diesmal wurden die Umstellungsgrundschulden jedoch auch im Südteil der französischen Zone und damit im ganzen Bundesgebiet erfaßt.

Die Erhebung ergab, daß die Umstellungsgrundschulden sowohl an Zahl als auch dem Betrage nach gegenüber dem Vorjahre zugenommen haben. Die Annahme, daß die Umstellungsgrundschulden aus Privathypotheken bis zum vorjährigen Stichtag nicht vollständig angemeldet waren, hat sich vollauf bestätigt. Ebenfalls traf zu, daß, wie vermutet, auf die in den Ländern Baden, Würt-

temberg-Hohenzollern und im Kreis Lindau erstmalig erfaßten Umstellungsgrundschulden nur verhältnismäßig geringe Beträge entfielen.

Eine Sondererhebung in Rheinland-Pfalz ermöglichte es, neuerdings auch den Sitz der Gläubiger festzustellen, die ursprünglich die Hypothekendarlehen auf Grundstücke dieses Landes gegeben hatten. Außerdem konnten bei der Aufstellung einer interregionalen Forderungsbilanz auch die Geldgeber ausgesondert werden, deren ursprünglicher Sitz außerhalb des Bundesgebietes lag. In soweit konnte die Erfassung der gegenseitigen Kreditverschuldung der Länder aus der ursprünglichen Hypothekengewährung gegenüber dem Vorjahr erheblich verbessert werden. Das Tabellenprogramm wurde durch die Aufgliederung der Umstellungsgrundschulden nach der Art der Verwaltungsstellen erweitert. Für die wichtigsten Träger des Realkreditgeschäfts mit überregionaler Tätigkeit wurde das Beleihungsgebiet in der Reichsmarkzeit ermittelt.

Ende 1950 gingen die letzten Nachmeldungen von Verwaltungsstellen über den Bestand der von ihnen verwalteten Umstellungsgrundschulden ein. Somit liegt nunmehr das endgültige Ergebnis der zweiten Erhebung über die aus der Altbelastung des Grundbesitzes entstandenen Umstellungsgrundschulden vor.

B. Das endgültige Ergebnis der Statistik der Umstellungsgrundschulden nach dem Stande vom 31. März 1950

1. Der Gesamtbetrag der Umstellungsgrundschulden

Am 31. März 1950 bestanden im Bundesgebiet insgesamt 1 938 283 Umstellungsgrundschulden mit einem Betrage von 13 567,9 Mill. DM; davon entfielen auf landwirtschaftliche Grundstücke 1 043,6 Mill. DM und auf städtischen Grundbesitz 12 524,3 Mill. DM.

Einen besonderen Wert hat die Erhebung dadurch, daß mit der Feststellung des Gesamtbetrages der Umstellungsgrundschulden sich gleichzeitig ein Hinweis auf die gesamte hypothekarische Belastung des Grundbesitzes ergibt, wie sie am Stichtag der Geldumstellung bestand und in die DM-Rechnung übernommen wurde. Da die Umstellungsgrundschulden in Höhe von 90 vH

der ursprünglichen Reichsmarkgrundpfandrechte entstanden sind, berechnet sich die verbliebene Gesamtverschuldung des Grundbesitzes auf 10/9 des Betrages der Umstellungsgrundschulden; sie stellt sich also im Bundesgebiet – soweit aus der Umstellungsrechnung festgestellt werden kann – auf 1 159,6 Mill. DM für die Landwirtschaft und auf 13 915,9 Mill. DM für den städtischen Grundbesitz.

Der Aussagewert dieses Ergebnisses muß freilich in dreifacher Hinsicht eingeschränkt werden, ohne daß jedoch dadurch der volkswirtschaftliche Erkenntnisgewinn der Zahlen entscheidend beeinträchtigt würde.

a) Die zum Stichtag vom 31. 3. 1950 ermittelten Zahlen stellen wohl den Maximalbetrag der erfaßbaren Umstel-

Tabelle 1: Zahl und Betrag der Umstellungsgrundschulden im Bundesgebiet nach Schuldnerländern am 31. 3. 1950

Land, in dem das belastete Grundstück liegt	Umstellungsgrundschulden					
	auf land- und forstwirtschaftl. genutzten Grundstücken		auf sonstigen (städt.) Grundstücken		Zusammen	
	Zahl	Betrag in Mill. DM	Zahl	Betrag in Mill. DM	Zahl	Betrag in Mill. DM
Schleswig-Holstein	46 279	246,3 ¹⁾	114 791	578,5	161 070	824,8 ¹⁾
Hamburg	1 349	5,9	138 383	1 553,8	139 732	1 559,7
Niedersachsen	81 103	286,8 ²⁾	217 343	1 316,8	298 446	1 603,7 ²⁾
Nordrhein-Westfalen	29 624	123,1 ²⁾	561 163	4 665,8	590 777	4 689,0 ²⁾
Bremen	227	0,9	52 699	254,5	52 916	255,4
Hessen	27 631	79,4	158 433	1 030,8	186 064	1 110,3
Württemberg-Baden	8 570	29,7	63 806	665,9	92 376	695,6
Bayern	87 681	220,6	215 820	1 975,3	303 501	2 195,9
Rheinland-Pfalz	9 332	26,0	63 175	359,7	72 507	385,7
Baden	5 662	13,3	20 010	167,9	25 672	181,2
Württemberg-Hohenzollern	2 470	9,0	11 134	49,4	13 604	58,4
Kreis Lindau	688	2,4	1 130	5,9	1 718	8,3
Bundesgebiet	300 416	1 043,6 ⁴⁾	1 637 867	12 524,3	1 938 283	13 567,9 ⁴⁾

¹⁾ Davon 98,3 Mill. DM Umstellungsgrundschulden der Deutschen Siedlungsbank und der Deutschen Landesrentenbank. — ²⁾ Davon 46,8 Mill. DM der Deutschen Siedlungsbank und der Deutschen Landesrentenbank. — ³⁾ Davon 18,4 Mill. DM der Deutschen Siedlungsbank und der Deutschen Landesrentenbank. — ⁴⁾ Die Anteile bei den nicht erwähnten Ländern sind nur geringfügig.

lungsgrundschulden dar, sie sind aber nicht gleichbedeutend mit der Gesamtheit der nach dem „Gesetz zur Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich“ überhaupt entstandenen Umstellungsgrundschulden. Durch die erwähnte gesetzliche Neuregelung, die im Laufe des Jahres 1949 erfolgte, ist nämlich ein Teilbetrag aus dem ursprünglichen Bestand dieser öffentlichen Grundlasten ausgeschieden, insbesondere diejenigen Fälle, bei denen statt zuvor mit 10 : 1 nunmehr 1 : 1 umgestellt wurde. Darunter fallen in erster Linie Grundbelastungen, auf die die Finanzbehörden Verzicht geleistet haben, weil die Voraussetzungen der §§ 3 a und 3 b des „Änderungsgesetzes“ vom 10. 8. 1949 vorliegen („Aussonderungen“). Ferner gehören hierher die bei Höchstbetragshypotheken zunächst entstandenen Umstellungsgrundschulden, die bei der Erhebung vom 31. 3. 1949 von einem Teil der berichtenden Verwaltungsstellen in die Nachweisung aufgenommen waren und nunmehr als 1 : 1 umgestellte Grundlasten ebenfalls ausfielen. Das gleiche gilt auch für Grundschulden, die zur Sicherung von Krediten dienen. Außerdem wurden in der Zwischenzeit planmäßige und in geringem Umfang auch außerplanmäßige Tilgungen auf den ursprünglichen Kapitalbestand der Umstellungsgrundschulden vorgenommen.

Indessen darf das Ausmaß dieser Ausfälle und Rückflüsse nicht überschätzt werden. Nach den zur Verfügung stehenden Angaben lassen sie sich freilich statistisch nicht genau erfassen. So stellen die bei dem Vergleich der Ergebnisse der beiden Erhebungen für einzelne Länder festgestellten Rückgänge der Umstellungsgrundschulden gegenüber dem 31. 3. 1949 nicht die gesamte Bestandsverminderung, sondern lediglich Salden aus echten Abgängen und zusätzlich erfaßten Beträgen dar. Am ehesten lassen sich die im Rechnungsjahr 1949 vorgenommenen Tilgungen abschätzen. Wenn man annimmt, daß von dem Aufkommen aus Umstellungsgrundschulden, das laufend bekanntgegeben wird, etwa $\frac{1}{3}$ auf Tilgungen entfällt, so kann man die in der Zeit vom 31. 3. 1949 bis zum 31. 3. 1950 erfolgten Rückflüsse auf rund 120 Mill. DM beziffern.

Wenn man ferner in Rechnung stellt, daß von den an sich zahlreichen Zweifelsfällen, bei denen die belasteten Objekte völlig oder teilweise zerstört sind, bis zum 31. 3. 1950 erst ein sehr geringer Teil durch Verzichtleistung der Finanzbehörden geklärt war, so dürfte man nicht fehlgehen mit der Annahme, daß die gesamten Abgänge an Umstellungsgrundschulden vor dem letzten Erhebungstermin (Tilgungen und Aussonderungen) nicht über 200 bis 300 Mill. DM hinausgegangen sind.

b) Weiter ist darauf hinzuweisen, daß mit der Feststellung des Gesamtbetrages der Umstellungsgrundschulden unter Einbeziehung der verbliebenen Darlehenshypotheken wohl das Volumen des echten Immobiliar-kredits aus der RM-Zeit annähernd erfaßt wird. Oder anders ausgedrückt ermöglichten die Ergebnisse der Erhebung einen Einblick in die kapitalmarktmäßige Altverschuldung des städtischen und landwirtschaftlichen Grundbesitzes im Zeitpunkt der Geldumstellung. Die gesamte Altbelastung von Grund und Boden läßt sich jedoch auf diese Weise nicht erfassen. Denn abgesehen von den Höchstbetragshypotheken und den zur Sicherung von Krediten bestellten Grundschulden, die nach der endgültigen gesetzlichen Regelung der Umstellungsgrundschulden 1 : 1 umgestellt wurden und damit als öffentliche Grundlasten ausschieden, entstanden auch bei Erbaueinsetzungen keine Umstellungsgrundschulden. Die letzte Tatsache fällt beson-

ders bei der Ermittlung der Altbelastung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes ins Gewicht, da die ländlichen Grundstücke in erheblichem Maße mit Erbaueinsetzungen belastet sind. Außerdem ruhen auf dem agrarischen Grundbesitz auch vielfach Altenteile und Dienstbarkeiten, nach denen ebenfalls keine Umstellungsgrundschulden entstanden.

Die Erbaueinsetzungen sind auch bei der ersten Erhebung nicht erfaßt worden, weil bereits 1949 die gesetzliche Bestimmung feststand, wonach derartige Grundbelastungen 1:1 umzustellen waren, Umstellungsgrundschulden demnach nicht begründet wurden.

c) Der Stichtag vom 31. 3. 1950 erwies sich zwar für die Ermittlung der gesamten Altbelastung des Grundbesitzes als optimaler Erhebungstermin; für die Ansprüche, die der öffentlichen Hand für die Regelung des Lastenausgleichs gegenüber dem Grundbesitz zustehen, kann er aber keine endgültigen Ergebnisse erbringen. Denn unter den erfaßten Grundstücksbelastungen befinden sich – neben anderen zweifelhaften Fällen – namentlich in städtischen Gebieten zahlreiche Ruinenhypotheken, die auf Grundstücken ohne jegliche Erträge ruhen, so daß noch nachträglich, mit einem sehr erheblichen Ausfall von öffentlichen Grundlasten zu rechnen ist. Bisher ist erst bei einem kleinen Teil derartiger zweifelhafter Fälle eine Entscheidung getroffen worden.

2. Die Veränderung im Bestand der Umstellungsgrundschulden seit der ersten Erhebung

Mit dem bei der Erhebung vom 31. 3. 1950 ermittelten Bestand an Umstellungsgrundschulden von 13 567,9 Mill. DM ergibt sich gegenüber der vorjährigen Erhebung eine Zunahme von 844,7 Mill. DM, von der allerdings 153,3 Mill. DM auf die öffentlichen Grundlasten in den erstmalig erfaßten Teilen der französischen Zone entfallen. Im einzelnen betrug im Bundesgebiet die Zunahme bei den landwirtschaftlichen Umstellungsgrundschulden (einschließlich der Grundlasten in den neuerfaßten Gebieten) 79,1 Mill. DM (8,2 vH). Die Umstellungsgrundschulden auf städtischen Grundstücken nahmen insgesamt um 765,6 Mill. DM (6,6 vH) zu.

Die Umstellungsgrundschulden aus Privathypotheken stiegen gegenüber dem Stand vom 31. März 1949 um 809,3 Mill. DM auf rund 2 650 Mill. DM, mithin um 44 vH. Die Zunahme des Gesamtbetrages der erfaßten Umstellungsgrundschulden geht also, abgesehen von der Neuerfassung der Grundlasten im Südteil der französischen Zone, in erster Linie darauf zurück, daß bei der vorjährigen Erhebung ein großer Teil der aus Privathypotheken entstandenen Umstellungsgrundschulden am Stichtag noch nicht angemeldet oder den nachstelligen Institutshypotheken zugeordnet war.

Die Gesamtbelastung aus Privathypotheken (d. h. einschließlich der verbliebenen Verschuldung gegenüber den bisherigen Gläubigern) stellt sich auf 2943 Mill. DM. Damit ist zum erstenmal, wenigstens für das Bundesgebiet, eine annähernd vollständige Bestandszahl für diesen Teil der langfristigen Altverschuldung, der außerhalb der anstaltsmäßigen Finanzierung entstanden ist, bekanntgeworden. Für das Reichsgebiet hatte man vor dem Kriege die Privathypotheken auf 6,5 Mrd. RM geschätzt. Neben den Privathypotheken sind auch in gewissem Umfang Umstellungsgrundschulden auf sogenannten institutbelasteten Grundstücken (bei denen ein Institut oder eine Körperschaft ursprüngliche Gläubiger waren)

zusätzlich erfaßt worden; der Reinzugang gegenüber dem Vorjahr stellte sich – ohne die in den neuerfaßten Gebieten festgestellten Umstellungsgrundschulden – auf rund 78 400 Fälle. Wertmäßig sind jedoch diese Grundlasten um etwa 70 Mill. DM zurückgegangen. Dies ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß Umstellungsgrundschulden mit kleineren Beträgen nachträglich angemeldet wurden, während solche mit größeren Beträgen infolge der veränderten Rechtslage (z. B. Höchstbetrags-hypotheken) zum Teil ausschieden. Auch Tilgungsleistungen haben in geringerem Umfang zur Verminderung des Betrages dieser Umstellungsgrundschulden beigetragen.

3. Die Gliederung der Umstellungsgrundschulden nach Schuldnerländern

Die Form, in der die Erhebung durchgeführt wurde, ermöglicht die Feststellung, wie sich der Gesamtbetrag der Umstellungsgrundschulden regional verteilt, und zwar zunächst auf die Länder, in denen die belasteten Grundstücke liegen (Schuldnerländer) und denen somit die Erträge aus den Grundschulden zufließen. Da nicht für alle früheren Grundpfandrechte, die auf dem Grundbesitz ruhten, Umstellungsgrundschulden entstanden sind, sondern nur für die 10:1 umgestellten Grundpfandrechte, wird zwar mit den öffentlichen Grundlasten nicht die gesamte verbliebene Belastung des Grundbesitzes, wohl aber der bedeutendste Teil der Grundverschuldung, soweit sie aus langfristigen Beleihungen in der RM-Zeit hervorgegangen ist, erfaßt.

Die Belastung mit Umstellungsgrundschulden kann also als repräsentativ für die Verteilung der tatsächlich verbliebenen Altverschuldung des Grundbesitzes auf die westdeutschen Länder angesehen werden.

Die absolute Höhe der Umstellungsgrundschulden wird vornehmlich von der Größe eines Landes und der Bewertung seines Grundbesitzes (die ihrerseits weitgehend von der Bevölkerungsdichte abhängt) bestimmt. Daher haben die höchsten Beträge an Umstellungsgrundschulden die nach Fläche und Bevölkerung größten Länder Nordrhein-Westfalen mit 4,7 Mrd. DM und Bayern mit 2,2 Mrd. DM aufzuweisen. Relativ ist die verbliebene hypothekarische Belastung des Grundbesitzes in den einzelnen Teilen Westdeutschlands, wie die nachstehende Übersicht zeigt, recht verschieden.

Die Höhe der ursprünglichen Verschuldung richtet sich jeweils nach dem in den einzelnen Gebieten der Bundesrepublik unterschiedlichen Finanzierungsbedarf der Landwirtschaft, des städtischen Wohnhausbesitzes und des gewerblichen Grundeigentums. Wieviel von der ursprünglichen Verschuldung des Grundbesitzes in den westdeutschen Ländern im Zeitpunkt der Geldumstellung noch verblieben war, hängt wiederum von dem Umfang ab, in dem während des Krieges und besonders in der Zeit des Geldüberhangs nach dem Kriege diese Schulden bereits getilgt wurden. Das Maß dieser Kapitalrückzahlungen war jedoch örtlich sehr verschieden. Da im allgemeinen landwirtschaftliche Hypotheken stärker getilgt sein dürften als städtische, wird die Grundbelastung in überwiegend agrarischen Gebieten mehr zurückgegangen sein als in städtischen.

Die zwischen den einzelnen Ländern bestehenden Unterschiede in der Höhe der verbliebenen Altverschuldung treten deutlich zutage, wenn man die Umstellungsgrundschulden, als repräsentativ für die hypothekarische Verschuldung, jeweils zu den Bevölkerungszahlen in Beziehung setzt.

Danach belaufen sich die städtischen Umstellungsgrundschulden im Bundesgebiet auf 262 DM je Kopf der Bevölkerung. In den beiden Stadtstaaten und in Nordrhein-Westfalen gehen sie jedoch erheblich über diesen Durchschnittsbetrag hinaus. In der Nähe des Bundesdurchschnitts ohne Hansestädte (234 DM je Kopf der Bevölkerung) liegen die städtischen Umstellungsgrundschulden in Hessen (237 DM je Einwohner), Schleswig-Holstein (215 DM je Einwohner) und Bayern (213 DM je Einwohner). Ungewöhnlich niedrig ist dagegen die Belastung des städtischen Grundbesitzes, gemessen an der Bevölkerung, in Württemberg-Hohenzollern (43 DM je Kopf der Bevölkerung). Ebenfalls beträchtlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt die in den Umstellungsgrundschulden ausgedrückte Verschuldung des nichtlandwirtschaftlichen Grundbesitzes in den übrigen Ländern des südwestdeutschen Raumes.

Die Belastung der Landwirtschaft mit Umstellungsgrundschulden ist sowohl in absoluten Beträgen wie im Verhältnis zur Bevölkerung am höchsten in den überwiegend agrarischen Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Übereinstimmend niedrig sind dagegen die landwirtschaftlichen Umstellungsgrundschulden, gemessen an der Bevölkerung, in den Ländern

Tabelle 2: Relative Belastung des Grundbesitzes mit Umstellungsgrundschulden
am 31. 3. 1950

Land, in dem das belastete Grundstück liegt	Umstellungsgrundschulden						
	auf land- und forstwirtschaftl. genutzten Grundstücken			auf sonstigen (städt.) Grundstücken		auf allen Grundstücken	
	DM je Kopf der Bevölkerung	DM je ha landwirtschaftl. Nutzfläche ¹⁾	DM je 1000 RM Einheitswert	DM je Kopf der Bevölkerung	DM je 1000 RM Einheitswert	DM je Kopf der Bevölkerung	DM je 1000 RM Einheitswert
Schlesw.-Holstein	91	208	161,5	215	325,5	306	249,8
Hamburg	4	147	124,6	982	577,0	986	569,2
Niedersachsen	41	101	67,5	191	292,2	232	181,8
Nordrhein-Westfalen	9	60	34,8	347	293,7	357	245,6
Bremen	2	37	26,1	459	298,7	460	288,1
Hessen	18	76	37,1	237	258,2	255	181,0
Württemberg-Baden	8	32	14,8	171	146,2	178	106,0
Bayern	24	56	37,9	213	299,5	237	177,0
Rheinland-Pfalz	9	27	11,8	123	137,6	131	80,1
Baden	10	28	11,9	128	125,3	138	73,6
Württemberg-Hohenzollern	8	16	7,5	43	46,9	50	25,9
Kreis Lindau	42	109	69,6	104	99,9	146	88,7
Bundesgebiet	21	74	43,5	262	274,7	283	195,0

¹⁾ Forsten wegen geringer Belastung nicht einbezogen.

des südwestdeutschen Raumes⁷⁾ (8 bis 10 DM je Einwohner). Ebenso niedrig ist die Belastung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes je Kopf der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen.

Besser noch werden aber die regional beachtlichen Unterschiede in der landwirtschaftlichen Verschuldung durch den Vergleich mit der landwirtschaftlichen Nutzfläche veranschaulicht. Im Bundesdurchschnitt ist der landwirtschaftliche Grundbesitz je Hektar mit 74 DM belastet. In Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bayern belaufen sich die Umstellungsgrundschulden auf 56 bis 76 DM je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche; sie liegen also in diesen Ländern in der Nähe oder etwas unterhalb des Gesamtdurchschnitts. Im südwestdeutschen Raum (abgesehen vom Kreis Lindau) liegt die Belastung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes auch gemessen an der genutzten Fläche beträchtlich unter dem Bundesdurchschnitt. In Württemberg-Hohenzollern entfällt auf den Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche eine Belastung mit Umstellungsgrundschulden von 16 DM, in Rheinland-Pfalz beträgt die Belastung 27 DM, in Baden 28 DM, in Württemberg-Baden 32 DM je Hektar Nutzfläche. In diesen Gebieten ist also die verbliebene Verschuldung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes einheitlich niedrig.

Für Nordwestdeutschland dagegen ergibt sich ein völlig abweichendes Bild der landwirtschaftlichen Verschuldung. So belaufen sich die Umstellungsgrundschulden in Schleswig-Holstein auf 208 DM, in Hamburg auf 147 DM und in Niedersachsen auf 101 DM je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Der ländliche Grundbesitz ist also im Nordwesten wesentlich höher belastet als im übrigen Bundesgebiet. Das erklärt sich zum Teil daraus, daß die beiden ehemaligen preußischen Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg in erheblichem Maße an der Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung durch öffentliche Mittel beteiligt waren; sie hatten einen beträchtlichen Teil von den Geldern erhalten, die seinerzeit über die Deutsche Landesrentenbank und die Deutsche Siedlungsbank geleitet worden waren. Die aus diesen Siedlungskrediten entstandenen Umstellungsgrundschulden beziffern sich auf 98,3 Mill. DM für Schleswig-Holstein und 46,8 Mill. DM für Niedersachsen.

Ohne diese Siedlungskredite stellen sich die landwirtschaftlichen Umstellungsgrundschulden in Schleswig-Holstein auf 125 DM, in Niedersachsen auf 85 DM je Hektar Nutzfläche. Mithin ist die hypothekarische Verschuldung der Landwirtschaft in den beiden Ländern auch ohne diese Beleihungen noch beträchtlich größer als in fast allen anderen Ländern.

Besonders geartet ist die Belastung der an sich geringen landwirtschaftlichen Nutzfläche in Hamburg; auf dem Hektar lasten 147 DM an Umstellungsgrundschulden. Das Maß der Verschuldung ist also derjenigen in Schleswig-Holstein angenähert. Tatsächlich sind die Bodenverhältnisse ähnlich wie die in dem Nachbarlande; der ländliche Grundbesitz von Hamburg liegt größtenteils auf besonders wertvollem Marschboden, der vielfach in kapitalintensiven Betrieben gärtnerisch genutzt wird. Dadurch wird eine vergleichsweise noch höhere Beleihung des einzelnen Objekts möglich; es handelt sich auch, wie aus der Berechnung des Durchschnittsbetrages der Umstellungsgrundschulden hervorgeht, überwiegend um größere Hypotheken, die in der Reichsmarkzeit nicht so stark getilgt wurden, wie die kleineren Beleihungen.

⁷⁾ Abgesehen vom Kreis Lindau.

Eine in mancherlei Hinsicht noch geeignetere Bezugsbasis als die bisher gewählten Vergleichsgrößen stellt der Einheitswert der belasteten Grundstücke dar, obwohl dabei, in Ermangelung fortgeschriebener Wertfestsetzungen, die Ermittlungen für 1935 zugrunde gelegt werden mußten und somit Bauten unberücksichtigt blieben, die nach dieser Zeit errichtet wurden. Berechnet man nämlich die Grundbelastung auf den Kopf der Bevölkerung, so tritt bei den Ländern mit starker Flüchtlingsbevölkerung insoweit eine Verzerrung in den Vergleichsgrößen ein, als die Bevölkerung im Vergleich zu den belasteten Grundstücken überproportional angewachsen ist; dadurch erscheint die Grundbelastung, an der Bevölkerungszahl gemessen, relativ niedrig. Andererseits ist bei Zugrundelegung des Einheitswertes als Maßstab für die Belastung des Grundvermögens zu berücksichtigen, daß bereits bei der Festsetzung des Einheitswertes starke regionale Unterschiede bestanden.

Im Bundesdurchschnitt ergibt sich bei den städtischen und gewerblichen Grundstücken eine Belastung von 275 DM je 1000 RM Einheitswert. Erheblich über diesem Durchschnittsbetrag liegt mit 577 DM die Belastung im Stadtstaat Hamburg. Damit wird aufs neue bestätigt, daß ein Zusammenhang zwischen der Bevölkerungsdichte und dem Bedarf an Hypothekarkredit besteht. In den großen Städten, in denen das Eigenheim bis zu einem hohen Grade durch das Mietshaus verdrängt wurde, ist der Bedarf an Hypothekarkredit relativ am höchsten. Hier konzentrieren sich auch die Verwaltungsgebäude der Großunternehmen, Büro- und Geschäftsgebäude aller Art und gewerbliche Betriebsgrundstücke, deren Finanzierungsbedarf in erheblichem Umfang in Hypothekenform gedeckt wurde.

Beträchtlich über dem Bundesdurchschnitt mit 326 DM je 1000 RM Einheitswert ist auch die Belastung des städtischen Grundbesitzes in Schleswig-Holstein. Bestimmend für den hohen Stand der verbliebenen Belastung dürfte hier gewesen sein, daß die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse nur in geringem Maße Hypothekenrückzahlungen vor der Geldumstellung zuließ. Dies wird auch dadurch bestätigt, daß der durchschnittliche Betrag der Umstellungsgrundschulden in diesem Land besonders niedrig liegt, mithin auch die Kleinhypotheken – abweichend von anderen Ländern – nur in geringem Umfang getilgt worden waren.

Bemerkenswert einheitlich, und zwar etwas über dem Bundesdurchschnitt, liegt die Belastung des nichtlandwirtschaftlichen Grundbesitzes (am Einheitswert gemessen) in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen und Bayern (292 bis 300 DM). Auffallend gering ist in Nordrhein-Westfalen die Abweichung in der Belastung des städtischen und gewerblichen Grundvermögens von der durchschnittlichen Verschuldung dieser Grundstücke im Bundesgebiet. Hierin kommt der vergleichsweise hohe Wohlstand des Landes zum Ausdruck, der in erheblichem Maße eine Eigenfinanzierung von Bergarbeiterwohnungen, Werksiedlungen und sonstigen Wohnbauten ermöglichte. Dagegen fallen die Kriegszerstörungen, die das städtische Grundvermögen in diesem Land besonders stark trafen, nur wenig ins Gewicht, da die Umstellungsgrundschulden auf Ruinenhypotheken in den Gesamtzahlen größtenteils noch mitenthalten sind.

Beträchtlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt die Belastung des städtischen Grundvermögens in den Ländern des südwestdeutschen Raumes⁸⁾ (47 bis 146 DM je 1000 RM Einheitswert). Das entspricht der gesunden

⁸⁾ Den gleichen Sachverhalt ergab der Vergleich der Grundbelastung mit den Bevölkerungszahlen.

Wirtschaftsstruktur dieses Bereiches, für die ein verhältnismäßig hohes Maß von Eigenkapital und dementsprechend ein geringer Bedarf an Fremdmitteln kennzeichnend ist. Möglicherweise ist in diesem Gebiet auch die ursprüngliche Hypothekenverschuldung vor der Geldumstellung stärker abgelöst worden als in anderen. In Württemberg-Baden und Baden dürfte, wie aus dem hohen Durchschnittsbetrag der städtischen Umstellungsgrundschulden hervorgeht, vor allem die Mehrzahl der kleineren Hypothekarkredite zurückgezahlt worden sein, namentlich bei den Privathypotheken (vgl. Tab. 3). Bei den landwirtschaftlichen Grundstücken ergibt sich, gemessen am Einheitswert, annähernd die gleiche Reihenfolge im Verschuldungsgrad der einzelnen Länder wie bei dem Vergleich mit der genutzten Bodenfläche. Bei Wahl des Einheitswertes als Bezugsbasis tritt allerdings der Unterschied in der relativen Belastung noch stärker in Erscheinung, weil bei der auf den Hektar der Nutzfläche bezogenen Berechnung der Verschuldung der unterschiedliche Wert des Bodens unberücksichtigt blieb.

Der Vergleich zwischen landwirtschaftlicher und städtischer Grundbelastung, gemessen am Einheitswert von 1935, zeigt, daß die verbliebene Verschuldung beim städtischen Grundbesitz mehr als das Sechsfache der landwirtschaftlichen beträgt.

In den Jahren 1913–1931 stellte sich im Reichsgebiet der Anteil landwirtschaftlich genutzter Grundstücke am gesamten in Anspruch genommenen Immobiliarkredit auf durchschnittlich etwas über 20 vH, wogegen die landwirtschaftlichen Umstellungsgrundschulden weniger als 10 vH der Gesamtsumme ausmachten. Der Verschuldungsgrad hat sich also immer mehr zugunsten der Landwirtschaft verschoben. Die Belastung des städtischen Grundbesitzes ist bis 1941/42 stärker gestiegen als die der Landwirtschaft, danach aber weniger zurückgegangen als jene. Der städtische Hypothekarkredit erhielt in der Zeit vor dem Krieg einen starken Auftrieb: einmal durch die Aktivierung des Wohnungsbaues, zum anderen durch die Übernahme von Finanzierungsaufgaben im Zuge des Aufrüstungsprozesses und zuletzt noch durch die Abgeltung der Hauszinssteuer, die in zahlreichen Fällen nur durch Aufnahme einer Hypothek möglich war. Demgegenüber war die Kreditfähigkeit der Landwirtschaft durch die Erbhofgesetzgebung weitgehend geschmälert. Andererseits kam die zunehmende Geldflüssigkeit gegen Ende der Reichsmarkzeit der Landwirtschaft stärker zugute als dem städtischen Grundbesitz, so daß im Agrarsektor eine stärkere Entschuldung möglich war als im gewerblichen.

Bei alledem ist zu beachten, daß – wie bereits erwähnt – in der Landwirtschaft mit Hilfe der Umstellungsgrundschulden nicht die volle Belastung des Grundvermögens erfaßt wird, weil bei Erbaueinsetzungen Hypotheken, die besonders in den süddeutschen Ländern ein erhebliches Gewicht haben, keine Umstellungsgrundschulden entstehen.

Schließlich ist bei dem Vergleich zwischen landwirtschaftlicher und städtischer Grundbelastung nochmals darauf hinzuweisen, daß der Einheitswert von 1935 als Bezugsgröße nur eingeschränkter Wert hat. Die starke Bautätigkeit in der Zeit vor dem letzten Kriege hat bewirkt, daß sich der Verkehrswert der städtischen Grundstücke weiter vom Einheitswert entfernt hat als der des landwirtschaftlich genutzten Bodens. Beim Vergleich mit den relativ niedrigen Einheitswerten hat das zur Folge, daß die Belastung je 1000 RM Einheitswert beim städ-

tischen Grundbesitz in noch stärkerem Maße überhöht erscheint als beim ländlichen.

Tabelle 3:
Durchschnittliche Größe der Umstellungsgrundschulden
in DM

Bezeichnung des Landes, in dem das Grundstück gelegen ist (Schuldnerland)	aus umgestellten Rechten			
	eigenen	anderer Gläubiger	Zusammen	davon aus Privat- hypotheken
auf land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken:				
Schlesw.-Holstein	5 908	2 950	5 322	3 565
Hamburg	6 012	3 165	4 402	3 255
Niedersachsen	3 649	3 094	3 536	3 936
Nordrhein-Westf.	4 205	4 005	4 157	5 635
Bremen	4 057	—	4 057	—
Hessen	2 634	5 232	2 874	5 454
Württemb.-Baden	3 134	5 475	3 468	7 141
Bayern	2 437	2 876	2 516	2 606
Rheinland-Pfalz	2 725	3 179	2 786	4 480
Baden	2 309	3 631	2 392	3 984
Württemb.-Hohenz.	3 500	5 818	3 650	6 176
Kreis Lindau	3 788	4 752	4 128	2 155
Bundesgebiet	3 513	3 299	3 474	3 992
auf sonstigen (städtischen) Grundstücken:				
Schlesw.-Holstein	5 181	4 773	5 040	4 895
Hamburg	17 713	6 412	11 228	5 939
Niedersachsen	6 031	6 152	6 059	6 390
Nordrhein-Westf.	7 454	11 053	8 136	12 159
Bremen	4 668	5 292	4 830	5 065
Hessen	6 292	8 098	6 507	7 112
Württemb.-Baden	7 684	9 397	7 945	8 918
Bayern	8 974	9 054	9 152	9 803
Rheinland-Pfalz	4 855	8 490	5 694	6 749
Baden	7 251	13 787	8 389	14 722
Württemb.-Hohenz.	3 925	7 217	4 434	7 240
Kreis Lindau	4 496	7 295	5 186	6 561
Bundesgebiet	7 490	8 165	7 647	8 141

Der Durchschnittsbetrag der Umstellungsgrundschulden beläuft sich bei den landwirtschaftlichen Grundstücken auf 3 474 DM und beim städtischen Grundbesitz auf 7 647 DM. Im einzelnen bestehen dabei zwischen den Ländern erhebliche Unterschiede; dies gilt namentlich für den nicht-landwirtschaftlichen Grundbesitz. Am höchsten liegt der Durchschnittsbetrag bei den städtischen Umstellungsgrundschulden im Stadtstaat Hamburg mit rund 11 200 DM; dort spielen hypothekarisch beliehene Großobjekte, wie Wohnblocks, Büro- und Geschäftshäuser eine besondere Rolle. Diejenigen städtischen Umstellungsgrundschulden, die aus erststelligen Hypothekendarlehen von Kreditinstituten hervorgingen, haben in Hamburg sogar eine Durchschnittshöhe von rund 17 700 DM.

Verhältnismäßig hoch ist der Durchschnittsbetrag der städtischen Umstellungsgrundschulden auch in Bayern (rund 9 150 DM) und in Baden (rund 8 400 DM); dies dürfte sich daraus erklären, daß in diesen Ländern namentlich in der letzten Zeit vor der Geldumstellung eine erhebliche Entschuldung bei den kleineren Objekten eintrat, während die Belastung der größeren im wesentlichen bestehen blieb. Der niedrige Durchschnittsbetrag in Bremen (rund 4 800 DM), der nur noch in Württemberg-Hohenzollern unterschritten wird, hängt mit der für dieses Stadtgebiet charakteristischen Bauweise (Einfamilienhäuser) zusammen.

Der Durchschnittsbetrag bei den landwirtschaftlichen Umstellungsgrundschulden ist am niedrigsten in Bayern und Baden, was auf das Vorwiegen kleinbäuerlichen Besitzes hinweist. Im allgemeinen ist die Durchschnittshöhe

der aus Privathypothen entstandenene Umstellungsgrundschulden höher als die aus erst- und nachstelligen Institutshypothen hervorgegangenen Grundlasten. Abweichend davon sind in Hamburg die Umstellungsgrundschulden auf institutsbelasteten Grundstücken im Durchschnitt beträchtlich größer als die aus Privathypothen entstandenene.

4. Die Umstellungsgrundschulden nach Verwaltungsstellen

Der Gesamtbetrag der Umstellungsgrundschulden läßt sich regional außer nach Schuldnerländern auch nach dem Sitz der verwaltenden Institute (Verwaltungsstellen) gliedern. Da die Umstellungsgrundschulden in der Mehrzahl (von der Sonderregelung in Rheinland-Pfalz abgesehen) von Instituten verwaltet werden, die die Darlehensgeber der zugrunde liegenden Hypothen waren, so gewährt diese Gliederung einen Hinweis auf die regionale Verteilung der ursprünglichen Gläubiger. Allerdings weichen die aus der Aufgliederung der Umstellungsgrundschulden nach dem Sitz der Verwaltungsstellen sich ergebenden Beträge von der tatsächlichen Verteilung der öffentlichen Grundlasten auf die ursprünglichen Gläubigerländer ab. Die Ergebnisse sind einmal insoweit überhöht, als nachstelligen Institutshypothen oder Privathypothen bei Verwaltungsstellen angemeldet wurden, die nicht im Lande des Gläubigers ihren Sitz haben. Dabei dürfte es sich freilich um Beträge handeln, die im Verhältnis zu den gesamten erfaßten Umstellungsgrundschulden kaum ins Gewicht fallen.

Von erheblicher Bedeutung ist dagegen, daß in den meisten Ländern sich unter den verwaltenden Instituten auch solche befinden, die ihren ursprünglichen Sitz in Berlin oder der Ostzone haben. Diese sogenannten verlagerten Institute⁹⁾ wurden Verwaltungsstellen in dem Bundeslande, in dem sie nunmehr ihren Sitz haben. Die von diesen Instituten verwalteten Umstellungsgrundschulden sind mithin jeweils in dem von den Ländern

⁹⁾ bzw. Institute, die einen zweiten Sitz oder einen Custodian im Bundesgebiet unterhalten.

gemeldeten Gesamtbetrag an verwalteten Grundlasten enthalten; insoweit gehen also diese Gesamtzahlen über die Umstellungsgrundschulden hinaus, die aus Beleihungen von Instituten oder sonstigen Geldgebern des betreffenden Landes entstanden sind. Die Erhebung der Umstellungsgrundschulden vom 31. 3. 1950 wurde daher so angelegt, daß die von den verlagerten¹⁰⁾ Geldinstituten und Versicherungsunternehmen verwalteten Umstellungsgrundschulden gesondert erfaßt wurden. Mithin läßt sich wenigstens annäherungsweise berechnen, wie sich die Umstellungsgrundschulden nach dem Sitz des ursprünglichen Gläubigers aufgliedern.

Tabelle 4: Die Verwaltung der Umstellungsgrundschulden in Mill. DM

Umstellungsgrundschulden	landwirtsch.	sonstige	zusammen
aus umgestellten eigenen Rechten	861,9	9 424,1	10 286,0
Rechten anderer Gläubiger	181,7	3 100,2	3 281,9
zusammen:	1 043,6	12 524,3	13 567,9
davon aus Privathypothen	109,5	2 540,5	2 649,9

Auf Grund der Meldungen der Institute und sonstigen Verwaltungsstellen des Bundesgebiets wurden insgesamt 13,6 Mrd. DM Umstellungsgrundschulden ermittelt. 10,3 Mrd. DM bzw. 76 vH der Gesamtsumme entfallen auf umgestellte eigene Rechte der verwaltenden Institute, entstammen also solchen Hypothen, die von diesen selbst gewährt worden waren. Die restlichen Umstellungsgrundschulden im Betrage von 3,3 Mrd. DM wurden von anderen Gläubigern angemeldet, davon ist der weitaus größte Teil, nämlich 2,6 Mrd. DM, aus Privathypothen entstanden.

Die regionale Gliederung in der Verwaltung der Umstellungsgrundschulden zeigt, daß von dem Gesamtbetrag der öffentlichen Grundlasten 8,2 Mrd. DM bzw. 60 vH allein in den drei größten Ländern des Bundesgebiets, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Niedersachsen, verwaltet werden.

¹⁰⁾ Diese Institute haben hauptsächlich in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bremen, Hessen und Württemberg-Baden ihren Sitz.

Tabelle 5: Die Verwaltung der Umstellungsgrundschulden in regionaler Gliederung

Land, in dem die Verwaltungsstelle ihren Sitz hat	Verwaltete Umstellungsgrundschulden						
	Gesamtbetrag	davon auf Grundstücken					
		im eigenen Land			in anderen Ländern		
		insgesamt	darunter von verlagerten Instituten verwaltet		insgesamt	darunter von verlagerten Instituten verwaltet	
			in Mill. DM	in vH		in Mill. DM	in vH
Schlesw.-Holstein	611,2	596,5	97,6	6,1	14,7	2,4	0,5
Hamburg	1 621,4	1 314,9	80,4	41,3	206,5	13,6	45,0
Niedersachsen	1 692,7	1 345,7	71,1	68,0	547,0	28,9	374,9
Nordrhein-Westfalen	3 899,8	3 526,2	90,4	347,7	373,6	9,6	266,1
Bremen	394,3	202,9	51,5	3,4	191,4	48,5	163,3
Hessen	1 127,1	850,9	75,5	64,1	276,2	24,5	119,5
Württemberg-Baden	1 099,9	612,7	55,7	26,1	487,2	44,3	166,4
Bayern	2 361,5	2 005,8	84,9	57,9	355,7	15,1	26,9
Rheinland-Pfalz	506,8	385,7	76,1	— ¹⁾	121,1	23,9	—
Baden	106,0	102,9	97,1	—	3,1	2,9	—
Württemberg-Hohenzollern	44,1	38,4	87,1	—	5,7	12,9	—
Kreis Lindau	3,1	3,1	100,0	—	0,0	—	—
zusammen:	13 567,9	10 985,7	81,0	614,6	2 582,2	19,8	1 162,6

¹⁾ 148,2 Mill. DM treuhänderisch von rheinland-pfälzischen Instituten für Institute außerhalb des Landes Rheinland-Pfalz verwaltet; darunter 39,6 Mill. DM für Institute, die in das Bundesgebiet verlagert wurden.

Von den 13,6 Mrd. DM Umstellungsgrundschulden, die insgesamt in den Ländern des Bundesgebiets verwaltet werden, lasten 11,0 Mrd. DM oder 81 vH jeweils auf Grundstücken des Landes, in dem die Verwaltungsstellen domizilieren. In einigen Ländern (Schleswig-Holstein, Baden, Kreis Lindau) beschränken sich die verwalteten Umstellungsgrundschulden nahezu völlig auf solche, die auf Grundstücken des eigenen Landes ruhen. Das besagt, daß diese Länder über wenig Kreditinstitute verfügen, deren Wirkungskreis über den Bereich des eigenen Gebiets hinausgeht.

In Bayern und Württemberg-Baden dagegen werden in erheblichem Umfang auch öffentliche Grundlasten verwaltet, die aus Beleihungen stammen, die die dort ansässigen Institute in anderen Ländern vorgenommen hatten. Hierin kommt zum Ausdruck, daß in diesen Ländern Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen ihren Sitz haben, die der Herkunft ihrer fremden Mittel entsprechend auch ihre Beleihungen auf weite Teile des Bundesgebiets ausdehnten. In Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bremen werden ebenfalls hohe Beträge von Umstellungsgrundschulden verwaltet, die auf Grundstücken in anderen Ländern lasten. Die Verwaltung dieser Grundlasten liegt jedoch größtenteils in den Händen von Ausweichstellen solcher Institute, die ursprünglich in Berlin oder der Ostzone ansässig waren.

In Rheinland-Pfalz, wo eine besondere Regelung für die Verwaltung der Umstellungsgrundschulden getroffen wurde, werden sämtliche auf Grundstücken des Landes ruhenden Grundlasten im Lande selbst verwaltet. Außerdem werden von den Instituten dieses Landes noch in erheblichem Umfang öffentliche Grundlasten verwaltet, die aus Hypothekendarlehen stammten, die auf Grundstücken anderer Länder lasten. Dies erklärt sich daraus, daß in Rheinland-Pfalz eine bedeutende Hypothekendarbank ansässig ist, die ihre Ausleihungen auf einen großen Teil des Reichsgebiets erstreckte.

Tabelle 6: Umstellungsgrundschulden der Schuldnerländer und ihre Verwaltung

Land, in dem die Grundstücke gelegen sind (Schuldnerländer)	Gesamt-betrag Mill. DM	davon verwaltet in			
		gleichem Land		anderen Ländern	
		Mill. DM	vH	Mill. DM	vH
Schlesw.-Holstein ...	824,8	596,6	72,3	228,3	27,7
Hamburg	1 559,7	1 314,9	84,3	244,8	15,7
Niedersachsen	1 603,7	1 345,7	84,0	258,0	16,0
Nordrhein-Westf. ...	4 689,0	3 526,2	75,2	1 162,8	24,8
Bremen	255,4	202,9	79,4	52,5	20,6
Hessen	1 110,3	850,9	76,6	259,4	23,4
Württemb.-Baden ...	695,6	612,7	88,1	82,9	11,9
Bayern	2 195,9	2 005,8	91,3	190,1	8,7
Rheinland-Pfalz	395,7	385,7	100,0	—	—
Baden	181,2	102,9	56,8	78,3	43,2
Württemb.-Hohenz. .	58,4	38,4	65,8	20,0	34,2
Kreis Lindau	8,3	3,1	37,3	5,2	62,7
Bundesgebiet	18 567,9	10 985,7	81,0	2 582,2	19,0

Summenabweichung durch Runden der Zahlen.

Die Aufgliederung der Umstellungsgrundschulden nach Verwaltungsstellen, in der Gegenüberstellung mit der Gliederung nach Schuldnerländern, vermag nur ein ziemlich ungenaues Bild über die Kredit- und Schuldenverflechtung zwischen den einzelnen Teilen Westdeutschlands zu vermitteln, da ein beachtlicher Teil der gesamten Umstellungsgrundschulden von verlagerten Instituten (oder einem Custodian) verwaltet wird, die also vor dem Zusammenbruch außerhalb der Bundesrepublik an-

sässig waren. Insoweit ist also das Land, in dem die Umstellungsgrundschulden derzeit verwaltet werden, nicht mit dem ursprünglichen Gläubigerland gleichbedeutend.

Tabelle 7: Umstellungsgrundschulden nach ursprünglichem Sitz der Gläubiger in 1000 DM

Land, in dem der Gläubiger ursprünglich seinen Sitz hatte	aus umgestellten Rechten			
	eigenen	anderer Gläubiger	zusammen	Davon Privat-hypotheken
Schlesw.-Holstein ...	403 437	201 248	604 685	177 320
Hamburg	930 156	512 326	1 442 482	433 698
Niedersachsen	1 060 097	391 496	1 451 593	357 841
Nordrhein-Westf. ...	2 137 069	1 167 237	3 304 306	1 006 703
Bremen	137 323	90 511	227 834	82 600
Hessen	827 102	154 011	981 113	140 496
Württemb.-Baden ...	745 565	169 100	914 665	125 534
Bayern	1 876 419	432 108	2 308 527	251 484
Rheinland-Pfalz	255 560	103 056	358 616	24 517
Baden	65 829	44 319	110 148	36 442
Württemb.-Hohenz. .	32 444	11 792	44 236	10 544
Kreis Lindau	1 450	1 611	3 061	1 066
Bundesgebiet	8 472 451	3 278 815	11 751 266	2 648 245
Gebiete außerhalb der Bundesrepublik ...	1 813 570	3 082	1 816 652	1 683
zusammen:	10 286 021	3 281 897	13 567 918	2 649 928

Summenabweichung durch Runden der Zahlen.

5. Die Umstellungsgrundschulden nach dem ursprünglichen Sitz der Gläubiger

Wie erwähnt, lassen sich die Umstellungsgrundschulden auch nach dem Sitz des ursprünglichen Gläubigers aufgliedern, unabhängig davon, in welchem Lande gegenwärtig die Verwaltungsstellen domizilieren, die bis zum Kriegsende in Berlin und in der Sowjetzone ansässig waren. Erst diese Aufgliederung zeigt in der Kombination mit der Gliederung nach Schuldnerländern, welche Verschuldungsbeziehungen im Bereich des Langkredits zwischen den einzelnen Teilen Westdeutschlands sowie zwischen den westdeutschen Gebieten und dem mitteldeutschen Raum bestanden haben. Dabei tritt namentlich auch die Bedeutung Berlins mit seinen großen Pfandbriefanstalten und Versicherungsunternehmen für den interregionalen Kreditausgleich in Erscheinung.

Von 13,6 Mrd. DM Umstellungsgrundschulden, die insgesamt auf Grundstücken des Bundesgebiets entstanden waren, entfallen 10,2 Mrd. DM auf solche, bei denen der ursprüngliche Gläubiger der zugrunde liegenden Hypotheken im Schuldnerland selbst ansässig war. Zu drei Viertel konnte also der Bedarf des landwirtschaftlichen und städtischen Grundbesitzes an langfristigem Kredit im eigenen Lande gedeckt werden. Zu einem Viertel mußten dagegen Geldkapitalien zusätzlich aus anderen Teilen des ehemaligen Reichsgebiets herangezogen werden, und zwar etwa 11 vH aus anderen Ländern des Bundesgebiets und mehr als 13 vH aus Berlin und der Ostzone. Von der gesamten Altverschuldung des Grundbesitzes¹¹⁾ im Bundesgebiet in Höhe von 15,1 Mrd. DM (soweit sie aus der Umstellungsrechnung festzustellen ist) entfallen 1,7 Mrd. DM auf Hypotheken, die von Geldinstituten der ehemaligen Reichshauptstadt, und 0,3 Mrd. DM auf Hypotheken, die von Instituten des mitteldeutschen Gebietes gewährt waren.

¹¹⁾ einschließlich der verbliebenen Verschuldung gegenüber den bisherigen Gläubigern.

Tabelle 8: Umstellungsgrundschulden, gegliedert nach Schuldnerländern und ursprünglichem Sitz der Gläubiger

Schuldnerland	Gesamtbetrag Mill. DM	davon mit ursprünglichem Gläubigersitz					
		im Schuldnerland		in anderen Bundesländern		in Gebieten außerhalb der Bundesrepublik	
		Betrag Mill. DM	in vH	Betrag Mill. DM	in vH	Betrag Mill. DM	in vH
Schleswig-Holstein	824,8	590,5	71,6	75,8	9,2	158,5	19,2
Hamburg	1 659,7	1 273,6	81,7	145,0	9,3	141,1	9,0
Niedersachsen	1 603,7	1 277,7	79,6	145,4	9,1	180,6	11,3
Nordrhein-Westfalen	4 689,0	3 178,5	67,8	607,3	13,0	903,2	19,2
Bremen	255,4	199,5	78,1	32,9	12,9	23,0	9,0
Hessen	1 110,3	786,9	70,9	150,4	13,5	173,0	15,6
Württemberg-Baden	695,6	586,6	84,3	62,7	9,0	46,3	6,7
Bayern	2 195,9	1 947,9	88,7	121,1	5,5	126,9	5,8
Rheinland-Pfalz	385,7	237,5	61,6	108,6	28,1	39,6	10,3
Baden	181,2	102,9	56,8	57,4	31,7	20,9	11,5
Württemberg-Hohenzollern	58,4	38,4	65,7	16,5	28,3	3,5	6,0
Kreis Lindau	8,3	3,1	37,3	6,1	61,5	0,1	1,2
zusammen:	19 567,9	10 223,1	75,3	1 528,2	11,8	1 816,7	18,4

In der Versorgung mit Langkrediten bestanden aber in der Reichsmark-Zeit zwischen den einzelnen Ländern beträchtliche Unterschiede. In Bayern und Württemberg-Baden betrug der Anteil der örtlich verfügbaren Finanzierungsmittel 89 vH bzw. 84 vH. In diesen Ländern, in denen zahlreiche und besonders leistungsfähige Hypothekendarlehenbanken ihren Sitz haben, war also eine relative „Kreditautarkie“ festzustellen. Hier spielten auch die Beleihungen durch Berliner und andere außerhalb des heutigen Bundesgebiets gelegene Geldinstitute eine verhältnismäßig geringe Rolle.

In anderen Ländern wiederum reichte das Kreditpotential der örtlichen Geldinstitute bei weitem nicht dazu aus, die erforderlichen Hypothekendarlehen selbst aufzubringen. Unter den größeren Ländern war der Anteil der örtlichen Finanzierung am geringsten in Nordrhein-Westfalen mit 68 vH. Zu fast einem Fünftel wurde die Versorgung dieses Landes mit Hypothekendarlehen von Berliner oder mitteldeutschen Geldinstituten bestritten. Von allen hypothekarisch gesicherten Langkrediten, die diese Institute nach Westdeutschland hinauslegten, entfiel die Hälfte auf Beleihungen des Grundbesitzes in Nordrhein-Westfalen; Beleihungsobjekte waren fast ausschließlich städtische Grundstücke. Verhältnismäßig gering war auch der Anteil der im eigenen Lande aufgeführten Finanzierungsmittel in Hessen mit 71 vH und Schleswig-Holstein mit 72 vH. In Schleswig-Holstein wurden zwei Drittel der außerhalb des Landes aufgenommenen Langkredite von Berliner oder im Bereich der heutigen sowjetischen Besatzungszone gelegenen Kreditinstituten gewährt. Auch in Hessen wurden die nicht im Lande aufgeführten Hypothekendarlehen zum größeren Teil außerhalb des Bundesgebiets finanziert.

Die beträchtlichen Unterschiede, die zwischen den Bundesländern in der Versorgung mit Hypothekendarlehen bestanden, gehen nur zum Teil auf die regionale Verteilung der Kreditinstitute, also eine gewisse örtliche Schwerpunktbildung in der Kapitalausleihung, wie dies in Bayern und Württemberg-Baden der Fall ist, zurück; vielmehr kommen in den angegebenen Verhältniszahlen auch Abweichungen in der Kapitalbildung, also gewisse Wohlstandsunterschiede zwischen den Ländern zum Ausdruck.

In einigen Teilen des westdeutschen Wirtschaftsgebiets blieben wiederum die an sich beachtlichen, örtlich verfügbaren Finanzierungsmittel doch stets hinter dem massierten Kreditbedarf zurück; dies gilt namentlich für Nordrhein-Westfalen.

6. Die Bilanz der Umstellungsgrundschulden unter regionalem Aspekt und die interregionale Schuldenverflechtung

Die zwischen den einzelnen Ländern bestehenden Unterschiede, namentlich in der Kreditkapazität ihrer Geldinstitute, treten zahlenmäßig besonders deutlich in Erscheinung, wenn man an Hand der Umstellungsgrundschulden für jedes Land eine Forderungsbilanz aufstellt. Dabei werden die vom Grundbesitz der einzelnen Länder geschuldeten Beträge den Forderungen der in diesen Ländern ansässigen ursprünglichen Gläubiger gegenübergestellt – soweit dies aus den ermittelten Umstellungsgrundschulden zu ersehen ist. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Statistik der Umstellungsgrundschulden von den außerhalb der Bundesrepublik gelegenen Gebieten nur die Forderungen, nicht aber die Verschuldung an die Bundesländer, erkennen läßt.

Tab. 9: Interregionale Bilanz der Umstellungsgrundschulden zwischen den Ländern, in denen die Grundstücke liegen (Schuldnerländer) und den Ländern, in denen die ursprünglichen Gläubiger ihren Sitz hatten (Gläubigerländer)

in Mill. DM

Land	Schulden	Forderungen	Überschuß der	
			Schulden	Forderungen
Schlesw.-Holstein ..	824,8	604,7	220,1	—
Hamburg	1 659,7	1 442,6	117,2	—
Niedersachsen	1 603,6	1 451,6	152,0	—
Nordrhein-Westf. ..	4 689,0	3 304,3	1 384,7	—
Bremen	255,4	227,9	27,5	—
Hessen	1 110,3	961,1	129,2	—
Württemb.-Baden ..	695,6	914,7	—	219,1
Bayern	2 195,9	2 308,5	—	112,6
Rheinland-Pfalz	385,7	358,6	27,1	—
Baden	181,2	110,1	71,1	—
Württemb.-Hohenz.	58,4	44,2	14,2	—
Kreis Lindau	8,3	3,1	5,2	—
Bundesgebiet	18 567,9	11 751,3	2 148,3	331,7
Gebiete außerhalb der Bundesrepublik ...	—	1 816,6	—	1 816,6
zusammen:	18 567,9	18 567,9	2 148,3	2 148,3

Dieser Vergleich von Schulden und Forderungen ergibt folgendes Bild: Guthabenüberschüsse haben nur Württemberg-Baden (219 Mill. DM) und Bayern (113 Mill.

Tabelle 10: Saldenbilanz der Umstellungsgrundschulden nach ursprünglichem Gläubigersitz

in Mill. DM

Land	Forderungs- (+) bzw. Schuldenüberschuß (-) gegenüber:													
	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Bremen	Hessen	Württ.-Baden	Bayern	Rheinland-Pfalz	Baden	Württ.-Hohenz.	Lindau	Gebiete außerhalb der Bundesrepublik)	allen Ländern
Schlesw.-Holstein	—	-13,8	-10,4	-12,1	-0,9	-12,1	-6,6	-6,0	+0,0	+0,0	+0,0	—	-158,6	-220,1
Hamburg	+13,8	—	+3,6	+20,7	+5,9	+14,4	+5,9	-33,7	+3,8	+0,9	+0,2	—	-141,1	-117,2
Niedersachsen	+10,4	-3,6	—	+72,3	+4,3	-2,7	-10,4	-36,0	-8,1	+2,4	—	—	-180,6	-152,0
Nordrhein-Westf.	+12,1	-20,7	-72,3	—	-5,6	-65,3	-131,8	-174,9	-23,1	+0,2	+0,0	—	-903,2	-1384,7
Bremen	+0,9	-5,9	-4,3	+5,6	—	-1,0	-0,4	+0,2	+0,2	+0,4	—	—	-23,0	-27,5
Hessen	+12,1	-14,4	+2,7	+65,3	+1,0	—	-24,9	-26,5	+26,0	+2,3	+0,2	—	-173,0	-129,2
Württ.-Baden	+6,5	+5,9	+10,4	+131,8	+0,4	+24,9	—	+26,1	+5,8	+45,8	+7,8	+0,0	-46,3	+219,1
Bayern	+6,0	+33,7	+35,0	+174,9	-0,2	+26,5	-26,1	—	-21,0	+2,1	+2,6	+5,1	-125,9	+112,6
Rheinland-Pfalz	-0,0	-3,8	+8,1	+23,1	-0,2	-26,0	+5,8	+21,0	—	-4,0	—	—	-39,6	-27,1
Baden	-0,0	-0,9	-2,4	-0,2	-0,4	-2,3	15,8	-2,1	+4,0	—	+0,1	—	-20,9	-71,1
Württ.-Hohenz.	-0,0	-0,2	—	—	—	-0,2	7,8	-2,6	+0,1	-0,1	—	+0,0	-3,5	-14,2
Kreis Lindau	—	—	—	—	—	—	0,0	-5,1	—	—	—	—	-0,1	-5,2
Bundesgebiet	+61,8	-23,7	-35,8	+481,4	+5,3	-43,8	-265,4	-239,6	-12,3	+50,0	+18,8	+5,1	-1816,6	-1816,6

Summenabweichung durch Runden der Zahlen.

1) Die Zahlen für die Verschuldung gegenüber den Gebieten außerhalb der Bundesrepublik stellen keine Salden, sondern Bruttobeträge dar, da die Forderungen der Bundesländer aus ursprünglichen Beleihungen des Grundbesitzes außerhalb des Bundesgebiets nicht bekannt sind.

DM) aufzuweisen. Hierin kommt zum Ausdruck, daß gerade in diesen Ländern mehrere bedeutende Hypothekenbanken ihren Sitz haben, die ein besonders entwickeltes Pfandbriefgeschäft instandsetzte, ihre Ausleihungen auf weite Teile des Reichsgebietes auszuweiten.

So ist Württemberg-Baden, dessen Kreditinstitute Hypothekendarlehen zu mehr als ein Drittel außerhalb des gegenwärtigen Landesgebiets ausgeliehen hatten, im Saldo gegenüber allen Bundesländern Gläubiger. In geringem Umfang verschuldet ist das Land nur gegenüber Berliner und in der heutigen Ostzone gelegenen Instituten; dabei handelt es sich jedoch um eine Bruttoverschuldung, da die Ausleihungen der Institute Württemberg-Badens in den Gebieten außerhalb der Bundesrepublik nicht bekannt sind.

Ebenso ist Bayern im Saldo gegenüber nahezu allen Bundesländern Gläubiger. Nur Württemberg-Baden und Rheinland-Pfalz gegenüber ist es in geringem Maße per saldo verschuldet. Erheblich ist dagegen die (Brutto-) Verschuldung gegenüber Instituten mit dem Sitz in Berlin und der heutigen Sowjetzone.

In Niedersachsen, Bremen und Hessen werden zwar mehr Umstellungsgrundschulden verwaltet, als auf Grundstücken dieser Länder ruhen. Unter den Verwaltungsstellen dieser Länder befinden sich aber zahlreiche Ausweichstellen von Instituten, die ursprünglich in Berlin oder anderen Orten außerhalb der Bundesgrenzen ansässig waren; deren Beleihungen fallen so stark ins Gewicht, daß ohne die verlagerten Institute bei diesen Ländern die Schulden überwiegen. Allerdings ergibt sich für Niedersachsen und Hessen gegenüber dem übrigen Westdeutschland ein geringer Guthaben-Überschuß. Sieht man von der Verschuldung gegenüber Instituten, die ursprünglich in Berlin und der heutigen Sowjetzone domizilierten, ab, so haben auch Hamburg und Rheinland-Pfalz im Saldo einen gewissen Überschluß der Forderungen aufzuweisen.

Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein dagegen sind im Saldo gegenüber fast allen Bundesländern Schuldner; weitaus höher aber noch ist die Verschuldung dieser Länder an die Institute in Berlin und der Ostzone. Bei Schleswig-Holstein spielen dabei die Kredite, die das Land über die Deutsche Landesrentenbank und die

Deutsche Siedlungsbank für Siedlungszwecke erhalten hat, eine entscheidende Rolle.

Nordrhein-Westfalen mit seiner großen Bevölkerungsdichte und seiner hochentwickelten Industrie hatte naturgemäß trotz einer verhältnismäßig hohen Eigenfinanzierung auch einen erheblichen Bedarf an Fremdkapital; diese Mittel wurden dem Lande aus allen Teilen des Reichsgebiets, namentlich aber über die in der Reichshauptstadt ansässigen Geldinstitute zugeführt. Denn im Lande selbst hatten ursprünglich nur wenige Hypothekenbanken und größere Versicherungsunternehmungen ihren Sitz. In Schleswig-Holstein fehlt es an größeren Hypothekenbanken und Versicherungsgesellschaften mit überregionalem Geschäftsbereich überhaupt.

7. Die Verwaltungsstellen nach Institutsarten

Die Ergebnisse der zweiten Erhebung der Umstellungsgrundschulden, die der Ermittlung ihres Kapitalbestandes zum 31. 3. 1950 diente, wurden erstmalig auch nach der Art der Verwaltungsstellen aufgegliedert. Damit ergibt sich ein aufschlußreicher Hinweis auf die Kreditkapazität der einzelnen Institutsarten in der Zeit vor der Geldumstellung.

Insgesamt werden im Bundesgebiet Umstellungsgrundschulden in Höhe von 13 568 Mill. DM verwaltet, darunter 1 814 Mill. DM von „verlagerten Instituten“. Wie die vorstehende Aufstellung zeigt, wird fast die Hälfte aller dieser öffentlichen Grundlasten, nämlich 6 092 Mill. DM = 45 vH von Realkreditinstituten verwaltet. Unter den Realkreditinstituten, die sich nach dem Nachweisungsschema in Hypothekenbanken, öffentlich-rechtliche Kreditanstalten, sonstige Bodenkreditinstitute¹²⁾ und Schiffspfandbriefbanken gliedern, stehen die Hypothekenbanken mit einem Bestand von 3 859 Mill. DM an verwalteten Umstellungsgrundschulden (bzw. 63 vH aller von Realkreditinstituten verwalteten Grundschulden) weitaus an der Spitze. An zweiter Stelle stehen die Sparkassen mit 3 545 Mill. DM bzw. 26 vH aller Umstellungsgrundschulden. Mit einem erheblichen Betrag sind auch die privaten und öffentlichen Versicherungsunternehmungen sowie die Träger der Sozialversicherung

¹²⁾ Deutsche Siedlungsbank, Deutsche Bau- und Bodenbank, Deutsche Industriebank und Frankfurter Bodenkreditbank.

Tabelle 11: Betrag der Umstellungsgrundschulden
gegliedert nach Art der Verwaltungsstellen 1)
in Mill. DM

Art der Verwaltungsstellen	aus umgestellten Rechten			
	eigenen	anderer Gläubiger	Zu- sammen	davon Privat- hypo- theken
auf land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken				
Hypothekendarlehen	155,0	9,9	164,9	8,9
Öffentl.-rechtl. Kreditanstalten	400,8	82,7	483,6	44,9
Sonst. Bodenkreditinstitute	61,7	3,7	65,3	0,1
Sparkassen	157,5	48,8	206,4	44,8
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	39,9	33,6	73,5	8,6
Kreditbanken	4,8	0,8	5,6	0,8
Bausparkassen	0,4	0,0	0,4	0,0
Invalidenversicherung	0,5	—	0,5	—
Angestelltenversicherung	0,9	0,1	1,0	0,1
Knappschaftsversicherung	—	—	—	—
Sonst. Sozialversicherungen	0,2	0,0	0,2	0,0
Private und öffentliche Versiche- rungsunternehmen	11,8	0,8	12,6	0,8
Gebietskörperschaften	22,3	0,9	23,1	0,1
Sonstige Verwaltungsstellen	6,1	0,4	6,5	0,4
zusammen:	861,9	181,7	1043,6	109,5
davon verlagerte Institute ²⁾ :	194,7	0,2	194,9	0,2
auf sonstigen (städtischen) Grundstücken				
Hypothekendarlehen	2696,6	997,3	3694,0	858,8
Öffentl.-rechtl. Kreditanstalten	760,8	545,7	1306,5	493,7
Sonst. Bodenkreditinstitute	281,3	81,3	362,7	10,6
Schiffspfandbriefbanken	11,8	3,2	15,0	1,9
Sparkassen	2199,0	1139,9	3338,8	1017,1
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	47,5	53,9	101,5	23,9
Kreditbanken	80,9	59,7	140,5	13,2
Bausparkassen	32,3	1,2	33,5	1,2
Invalidenversicherung	130,9	6,7	137,5	4,5
Angestelltenversicherung	254,8	11,4	266,2	10,9
Knappschaftsversicherung	21,5	0,4	21,9	0,3
Sonst. Sozialversicherungen	10,7	12,3	22,9	0,1
Private und öffentliche Versiche- rungsunternehmen	939,5	79,7	1019,2	74,0
Gebietskörperschaften	1444,6	38,8	1483,3	16,7
Sonstige Verwaltungsstellen	512,0	68,8	580,8	13,6
zusammen:	9424,1	3100,2	12524,3	2540,4
davon verlagerte Institute ²⁾ :	1618,8	2,9	1621,7	1,5
zusammen auf allen Grundstücken				
Hypothekendarlehen	2851,7	1007,2	3858,9	867,7
Öffentl.-rechtl. Kreditanstalten	1161,6	628,4	1790,0	538,6
Sonst. Bodenkreditinstitute	343,0	86,0	428,0	10,7
Schiffspfandbriefbanken	11,8	3,2	15,0	1,9
Sparkassen	2356,5	1188,7	3545,2	1061,9
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	87,4	87,5	175,0	32,5
Kreditbanken	85,7	60,5	146,2	14,0
Bausparkassen	32,7	1,2	33,9	1,2
Invalidenversicherung	131,4	6,7	138,0	4,5
Angestelltenversicherung	256,7	11,5	267,2	11,0
Knappschaftsversicherung	21,5	0,4	21,9	0,3
Sonst. Sozialversicherungen	10,8	12,3	23,1	0,1
Private und öffentliche Versiche- rungsunternehmen	951,2	80,5	1031,7	74,8
Gebietskörperschaften	1466,8	39,7	1506,5	16,8
Sonstige Verwaltungsstellen	518,1	69,3	587,3	14,0
zusammen:	10286,0	3281,9	13567,9	2649,9
davon verlagerte Institute ²⁾ :	1813,6	3,1	1816,7	1,7

Summenabweichung durch Runden der Zahlen

1) Einschließlich der verlagerten Institute. —

2) Verlagerte Institute bzw. mit zweitem Sitz oder Custodian im Bundesgebiet. —

(Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung, dazu soziale Kranken- und Unfallversicherung) an der Verwaltung der Umstellungsgrundschulden beteiligt; auf die Versicherungen insgesamt entfallen 1482 Mill. DM = 11 vH.

Neben den Geldinstituten und Versicherungsanstalten verwalten auch die Gebietskörperschaften in erheblichem Umfang Umstellungsgrundschulden. In der Verwaltung der Länder und Gemeinden standen Umstellungsgrundschulden im Betrage von 1507 Mill. DM = 11 vH, also um ein Geringes mehr als die von den Versicherungen

verwalteten Grundlasten. Die Gebietskörperschaften verwalten fast ausschließlich solche Umstellungsgrundschulden, die aus Hypotheken entstanden sind, bei denen sie ursprünglich selbst Darlehensgeber waren.

8. Das Kreditvolumen der Institute in der Zeit vor der Geldumstellung

Anders als die Gebietskörperschaften verwalten die Kreditinstitute neben den Umstellungsgrundschulden, die aus ihren eigenen Hypothekendarlehen entstanden sind, zumeist noch Umstellungsgrundschulden aus nachstelligen Hypotheken anderer Institute und aus Privathypotheken. Maßgeblich für die Kreditkapazität, die die einzelnen Institutsarten vor der Geldumstellung hatten, sind aber nur die Umstellungsgrundschulden aus eigenen Rechten der Verwaltungsstellen. Nicht bei allen Institutsarten wird indessen das Kreditvolumen durch die statistisch nachweisbaren Umstellungsgrundschulden aus eigenen Rechten vollständig zum Ausdruck gebracht. Denn insbesondere bei den Instituten, die zweitstellige Hypotheken gewähren, wie Kreditbanken, Kreditgenossenschaften und Bausparkassen, werden die nachstelligen Hypotheken nicht von diesen selbst, sondern von den Banken oder Versicherungsunternehmen verwaltet, die ihnen mit ihren Rechten im Range vorgehen. Bei diesen Instituten ist daher auch ein Vergleich der in die DM-Rechnung übernommenen Hypothekenforderungen mit dem Hypothekenbestand im Höhepunkt der privaten Kreditverschuldung (1941) nicht möglich.

Betrachtet man nun die Umstellungsgrundschulden aus eigenen Rechten der Institute gesondert, so ergibt sich, gemessen an den verbliebenen Grundpfandrechten, folgende Rangordnung unter den Hauptträgern des erststelligen Realkredits: An erster Stelle stehen die Hypothekendarlehen, die 2,85 Mrd. DM an Umstellungsgrundschulden verwalten, die $\frac{9}{10}$ ihrer ursprünglichen Hypothekarkredite entsprechen; dem folgen die Sparkassen mit 2,36 Mrd. DM, die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten mit 1,16 Mrd. DM und die Versicherungsunternehmen (ohne Sozialversicherung) mit 0,95 Mrd. DM.

In diesen Zahlen sind jedoch die umgestellten Rechte der verlagerten Institute, also die Umstellungsgrundschulden, die aus Hypothekarkrediten Berliner und mitteldeutscher Institute auf westdeutschen Grundstücken stammen, mitenthalten. Schaltet man diese Umstellungsgrundschulden aus, so wandeln sich die obigen Zahlen folgendermaßen ab: Von den alteingesessenen westdeutschen Instituten verwalten Hypothekendarlehen 2,23 Mrd. DM, öffentlich-rechtliche Kreditanstalten 0,93 Mrd. DM und Versicherungsunternehmen 0,59 Mrd. DM an Umstellungsgrundschulden, die aus eigenen Beleihungen entstanden sind. Der Anteil der Sparkassen bleibt unverändert, da Verlagerungen dieser Institute, deren Kreditgeschäft sich auf den regionalen Bereich beschränkt, nicht in Frage kamen.

Zu beachten ist freilich, daß in diesen Zahlen die ursprünglichen Beleihungen der westdeutschen Bodenkreditinstitute und Versicherungsunternehmen in Mittel- und Ostdeutschland nicht zum Ausdruck kommen. Im übrigen stellen die nach der Statistik der Umstellungsgrundschulden feststellbaren Hypothekenforderungen der Institute nur einen Restbestand der ursprünglich gewährten Hypothekendarlehen dar. Bereits seit 1939 zeigten die ausstehenden Hypothekarkredite eine rückläufige Tendenz. Denn die Geldflüssigkeit ermöglichte

den Grundbesitzern in zunehmendem Maß eine Entschuldung, während außerdem die Kreditinstitute ihre Beleihungstätigkeit zugunsten der Staatsfinanzierung nahezu völlig einstellten. 1941 stiegen die anstaltsmäßigen Hypothekarkredite im Zuge der Abgeltung der Hauszinssteuerhypotheken nochmals an. Seither nahmen jedoch die Rückzahlungen mit steigendem Geldüberhang von Jahr zu Jahr zu; besonders unmittelbar vor der Geldumstellung haben diese Rückflüsse einen beträchtlichen Umfang angenommen.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß die 1:1 umgestellten Rechte mit der Erhebung der Umstellungsgrundschulden zum 31. 3. 1950 nicht mehr erfaßt wurden, da bei ihnen keine öffentlichen Grundlasten entstanden. Ferner sind seit der Geldumstellung in gewissem Umfang Umstellungsgrundschulden getilgt worden oder durch Verzicht erloschen.

Tabelle 12: Durchschnittliche Größe der Umstellungsgrundschulden aus eigenen Rechten bei den wichtigsten Instituten

Institute	Umstellungsgrundschulden	
	auf landwirtsch. Grundstücken	auf sonstigen (städtischen) Grundstücken
Hypothekenbanken	2 993	12 626
Öffentl.-rechtl. Kreditanstalten	4 823	5 077
Sparkassen	2 319	4 433
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	2 288	4 657
Sozialversicherungen	17 163	12 618
Private und öffentl. Versicherungsunternehmen	6 875	15 040

Das Ausmaß der Rückzahlungen von Hypotheken dürfte bei den einzelnen Instituten verschieden und in erheblichem Maße von der jeweiligen Höhe der hypothekarischen Belastung abhängig gewesen sein. In erster Linie sind wohl Kleinhypotheken zurückgezahlt worden. Die durchschnittliche Größe der gewährten Hypothekarkredite war aber bei den einzelnen Instituten sehr unterschiedlich. Gemessen am durchschnittlichen Betrag der städtischen Umstellungsgrundschulden zeigt sich, daß sich die Beleihungen der Versicherungsunternehmen namentlich auf größere Objekte erstreckten. Verhältnismäßig hoch waren auch die durchschnittlichen Beleihungen der Hypothekenbanken und Sozialversicherungsträger auf städtischen Grundstücken. Erheblich niedriger ist die durchschnittliche Höhe der von öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten, Kreditgenossenschaften und Sparkassen gewährten Hypotheken.

Wie hoch der Anteil der in die DM-Rechnung überführten Hypotheken an den ursprünglich gewährten Hypothekarkrediten ist, in welchem Umfang also in der RM-Zeit und nach der Geldumstellung Hypotheken zurückgezahlt wurden, läßt sich nur bei den Sparkassen ermitteln; denn bei diesen Instituten liegen vergleichbare kreditstatistische Ergebnisse für das Bundesgebiet auch für die Zeit vor der Geldumstellung vor. Die von den Sparkassen des Bundesgebiets gewährten Hypotheken auf landwirtschaftliche und städtische Grundstücke erreichten Ende 1941 mit 4,9 Mrd. RM ihren Höhepunkt. Vergleicht man diesen Betrag mit dem aus der Statistik der Umstellungsgrundschulden zu errechnenden Bestand an verbliebenen Hypotheken der Sparkassen (2,6 Mrd. DM), so wird ersichtlich, daß fast 47 vH der ursprünglichen Hypothekenschulden zurückgezahlt wurden. Da die Sparkassen überwiegend kleinere Objekte beliehen haben, dürfte der Anteil der Ablösungen bei den übrigen

Trägern des Realkredits, namentlich bei den Hypothekenbanken und Versicherungsunternehmen erheblich geringer gewesen sein. Wie Sonderuntersuchungen ergaben, ist allerdings bei den Hypotheken der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten vermutlich die Rückzahlung nicht wesentlich hinter dem Umfang der Ablösungen bei den Sparkassenhypotheken zurückgeblieben. Dies erklärt sich aus dem geringen Unterschied in der durchschnittlichen Größe der Hypotheken, die von Sparkassen und öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten auf städtischen Grundbesitz gewährt worden waren (vgl. Tabelle 12).

Auffällig gering erscheinen die verbliebenen Hypothekenforderungen der Bausparkassen, soweit es sich aus den Umstellungsgrundschulden aus eigenen Rechten dieser Institute ersehen läßt (36 Mill. DM); 1939 wiesen die Bausparkassen im Reichsgebiet insgesamt 359 Mill. RM an Hypotheken nach. Da diese Institute in der Regel nur zweitstellige Hypotheken gaben, wurden die Umstellungsgrundschulden, die auf den von ihnen beliehenen Grundstücken entstanden, größtenteils bei den Geldinstituten angemeldet, die diese Grundstücke erststellig beliehen hatten. Zudem sind bei den Bausparkassen höhere Tilgungssätze als bei den übrigen Kreditinstituten üblich, weil die Sparbeiträge in der ursprünglichen Höhe weiterlaufen und nunmehr zur Tilgung und Verzinsung dienen.

Die Anmeldung der Privathypotheken, soweit diese nachstellig waren, erfolgte bei dem Institut, das die erste Hypothek gewährt hatte. War die Privathypothek selbst erststellig, so stand dem Hypothekenschuldner die Wahl des Instituts frei. Wie die Statistik der Umstellungsgrundschulden zeigt¹³⁾, wurden 40 vH aller Privathypotheken bei den Sparkassen, 33 vH bei Hypothekenbanken, 20 vH bei öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten, der Rest bei den übrigen Verwaltungsstellen angemeldet. Die Schuldner von Privathypotheken gaben also, soweit sie nicht ohnehin durch eine ranghöhere Belastung des Grundstücks an die Anmeldung bei einer Sparkasse gebunden waren, den Sparinstituten den Vorzug bei der Anmeldung.

9. Das Beleihungsgebiet der wichtigsten Träger des Realkredits in der Reichsmarkzeit¹⁴⁾

Die gleichzeitige Aufgliederung der Umstellungsgrundschulden nach dem Sitz der verschiedenartigen Institute und der Lage der belasteten Grundstücke eröffnet einen interessanten Einblick in die Kreditorganisation sowie in die Beleihungsart und das frühere Beleihungsgebiet der einzelnen Institutsgruppen.

Die Hypothekenbanken

Die privaten Hypothekenbanken, die zumeist die Rechtsform der Aktiengesellschaft gewählt haben, pflegten vor allem das städtische Hypothekargeschäft, also die Beleihung von Wohnbauten, Geschäfts- und Bürohäusern und gewerblichen Betriebsgrundstücken. Eine Ausnahme bilden die bayerischen Hypothekenbanken, die auch ein umfangreiches Agrarkreditgeschäft betrieben; die Beleihungen beschränkten sich freilich fast ausschließlich auf landwirtschaftliche Grundstücke in Bayern selbst. Im Gegensatz zu ihren Agrarkrediten erstreckten sich

¹³⁾ Vgl. die Übersicht „Umstellungsgrundschulden nach Art und Sitz der Verwaltungsstellen“ auf S. 30-37 des Tabellenteils.

¹⁴⁾ Vgl. hierzu die Übersicht „Umstellungsgrundschulden aus eigenen Rechten in Verwaltung von Hypothekenbanken“ auf S. 38 des Tabellenteils.

die übrigen von den Hypothekenbanken Bayerns gewährten Langkredite in Hypothekenform vielfach weit über die Landesgrenzen hinaus. 30 vH aller von bayerischen Hypothekenbanken gewährten städtischen Hypotheken lasten auf städtischem Grundbesitz außerhalb Bayerns, davon etwa die Hälfte auf Grundstücken in Nordrhein-Westfalen. In geringerem Umfang wurde von den bayerischen Hypothekenbanken städtisches Grundvermögen in Hamburg, Niedersachsen, Hessen, Württemberg-Baden und Rheinland-Pfalz beliehen. Von den hypothekarisch gesicherten Beleihungen der westdeutschen Hypothekenbanken, soweit dafür Umstellungsgrundschulden begründet wurden, entfällt mehr als die Hälfte auf Hypothekendarlehen bayerischer Institute. Daraus geht die überragende Bedeutung der großen bayrischen Hypothekenbanken hervor; insgesamt verwalten sie nahezu 1,2 Mrd. DM an Umstellungsgrundschulden aus eigenen Rechten, davon entfallen allein etwa 700 Mill. DM auf die beiden gemischten Hypothekenbanken, die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank und die Bayerische Vereinsbank, München.

Auch Württemberg besitzt Hypothekenbanken mit überregionalem Geschäftsbereich, wenngleich diese Institute bei weitem nicht über die Kreditkapazität verfügen wie die Hypothekenbanken in Bayern; insgesamt verwalten die württembergischen Hypothekenbanken 300 Mill. DM an Umstellungsgrundschulden aus eigenen Rechten. Der weitaus größte Teil ihrer Ausleihungen kam städtischen Kreditnehmern außerhalb des Landes zugute. Nur 30 vH ihrer Hypothekarkredite lasten auf Grundstücken des eigenen Landes. Das Schwergewicht ihres Realcreditgeschäfts ruhte auf den Beleihungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Die wenigen in Nordrhein-Westfalen vor 1945 ansässigen Hypothekenbanken haben dagegen vorwiegend das städtische und gewerbliche Grundvermögen im Industriegebiet selbst beliehen. Ähnlich wie die Hypothekenbanken in Württemberg-Baden haben auch die hessischen Hypothekenbanken überwiegend Hypothekarkredite außerhalb des engeren regionalen Bereiches gewährt; auch hier wurden die größten Beträge in Nordrhein-Westfalen investiert.

Die ehemals in Berlin und der heutigen Ostzone ansässigen Hypothekenbanken verwalten Umstellungsgrundschulden im Betrage von 620 Mill. DM¹⁵⁾. Fast zwei Drittel ihrer Beleihungen erfolgten auf Grundstücken in Nordrhein-Westfalen. Daneben wurde auch in beachtlichem Umfang städtischer Grundbesitz in Hamburg und Niedersachsen beliehen.

Die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten

Die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten sind ihrer wirtschaftlichen Bestimmung nach im wesentlichen Realcreditinstitute mit regionalem Charakter. Soweit aus der Statistik der Umstellungsgrundschulden Beleihungen ersichtlich werden, die über die heutigen Landesgrenzen hinausgehen, hängt dies mit der nach dem Kriege erfolgten Neuordnung der Ländergrenzen zusammen; vor allem für die Institute mit dem Sitz im heutigen Württemberg-Baden, Hessen, Bremen und Niedersachsen treffen derartig bedingte regionale Überschneidungen zu.

Abweichend davon war der Tätigkeitsbereich zweier ehemals in Berlin ansässiger öffentlich-rechtlicher Realcreditinstitute überregional. Diese Institute verwalten

insgesamt 232 Mill. DM an Umstellungsgrundschulden. Darunter befindet sich die bereits erwähnte Deutsche Landesrentenbank, die im Rahmen des landwirtschaftlichen Siedlungsprogramms erhebliche Mittel der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zuführte. Die andere früher in Berlin tätige Kreditanstalt, die Preußische Landespfandbriefanstalt, hatte Wohnbaukredite namentlich nach Nordrhein-Westfalen und Hessen herausgelegt.

Die Sparkassen und Kreditgenossenschaften

Die Sparinstitute und die Institute des gewerblichen und landwirtschaftlichen Kleinkredits haben ebenfalls nur regionale Bedeutung. Dem besonderen Aufgabenkreis entsprechend gingen ihre langfristigen Ausleihungen nur selten über den engsten örtlichen Bereich hinaus.

Die Bausparkassen

Die Bausparkassen hatten in der Zwischenkriegszeit noch nicht die Bedeutung, die sie heute unter der Einwirkung der Wohnungsnot und durch die Präponderanz der zweckgebundenen Sparkapitalbildung gewonnen haben.

Bei diesen Instituten läßt sich mit Hilfe der festgestellten Umstellungsgrundschulden aus ihren eigenen Rechten nur ein Teil der im Zeitpunkt der Geldumstellung ausstehenden Forderungen aus Hypothekarkrediten erfassen. Denn die überwiegend aus zweitstelligen Hypotheken entstandenen Umstellungsgrundschulden wurden bei anderen Instituten erfaßt, ohne daß der ursprüngliche Kreditgeber erkennbar ist.

Soweit sich aus den von den Bausparkassen verwalteten Umstellungsgrundschulden feststellen läßt, ging die Beleihungstätigkeit dieser Institute in den meisten Ländern über die Landesgrenzen hinaus. Dies gilt namentlich für die in Württemberg-Baden ansässigen privaten Bausparkassen.

Die privaten und öffentlichen Versicherungsunternehmen

Die größeren Versicherungsunternehmen, namentlich die im Lebensversicherungsgeschäft tätigen privaten Gesellschaften, haben ihren Geschäftsbereich auf das ganze Reichsgebiet ausgedehnt und vielfach darüber hinaus Risiken im Ausland übernommen. Ihrem Einzugsgebiet entsprechend haben sich, auch ihre langfristigen Ausleihungen auf das ganze Reichsgebiet erstreckt.

Ein großer Teil der alteingesessenen Versicherungsunternehmen Westdeutschlands konzentriert sich in Hamburg. Die dort ansässigen Gesellschaften, auf die fast ein Drittel der von westdeutschen Gesellschaften verwalteten Umstellungsgrundschulden entfällt, haben städtische und gewerbliche Grundstücke in allen Teilen der Bundesrepublik beliehen. Noch nicht die Hälfte aller Hypothekendarlehen wurde Kreditnehmern des eigenen Landes gewährt. Die größten Beträge wurden wiederum auf Objekten in Nordrhein-Westfalen angelegt. Auch die in Niedersachsen tätigen Versicherungsgesellschaften haben in größerem Umfang städtischen Grundbesitz in diesem Industrieland beliehen. Die in Nordrhein-Westfalen selbst ansässigen Versicherungsunternehmen haben dagegen überwiegend Hypothekarkredite auf Objekte im eigenen Lande gewährt.

Die ehemals in Berlin und Mitteldeutschland ansässigen und nunmehr verlagerten Versicherungsunternehmen

¹⁵⁾ Davon Berliner Hypothekenbanken allein 368 Mill. DM.

(darunter der Allianz-Konzern) verwalten 360 Mill. DM¹⁰⁾ an Umstellungsgrundschulden; sie verfügen also über einen aus der RM-Zeit verbliebenen Hypothekenbestand, der 38 vH aller nachweisbaren Hypothekarkredite von Versicherungsgesellschaften ausmacht. Mehr als ein Drittel der von diesen verlagerten Instituten gewährten Hypothekarkredite stellen Beleihungen von Grundstücken in Nordrhein-Westfalen dar. Größere Beträge wurden von diesen Instituten auch an Kreditnehmer im Lande Hessen gegeben.

Die Sozialversicherung

Der Aufbau der meisten Sozialversicherungsanstalten war dezentral. So waren Träger der Invalidenversicherung die Landesversicherungsanstalten. Auch ihre Kreditgewährung hielt sich im regionalen Rahmen. Eine Ausnahmestellung nahm die Organisation der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ein, die in der Reichshauptstadt ihren zentralen Sitz hatte. Diese Anstalt gehörte zu den bedeutendsten Kapitalsammelstellen. Wie die regionale Aufgliederung der von ihr bzw. ihren Nachfolgeorganisationen in den Bundesländern verwalteten Umstellungsgrundschulden zeigt, hatte sie beträchtliche Mittel in Nordrhein-Westfalen angelegt (zwei Drittel aller im jetzigen Bundesgebiet ausgeliehenen Hypothekarkredite); daneben hatte sie in geringerem Umfang städtische Grundstücke in Hamburg, Hessen und anderen Ländern des Bundes beliehen.

Die verlagerten Berliner Institute

Die Aufgliederung der Umstellungsgrundschulden nach dem Sitz der ursprünglichen Gläubiger einerseits und

¹⁰⁾ Daran sind mit 308 Mill. DM Institute beteiligt, die ehemals ihren Hauptsitz in Berlin hatten.

nach der Art der Verwaltungsstellen andererseits ermöglicht es, die von ehemals in Berlin ansässigen Instituten verwalteten Umstellungsgrundschulden auszuordnen und nach Institutsarten zusammenzufassen. In der so gewonnenen Übersicht kommt freilich nicht die gesamtwirtschaftliche Bedeutung zum Ausdruck, die die großen Berliner Realkreditinstitute und Versicherungsunternehmen für die Versorgung mit Langkrediten hatten. Diese Zahlen zeigen lediglich, in welchem Umfang die Berliner Institute westdeutschen Grundbesitz beliehen haben. Für die Hypothekarkredite, die diese Institute auf Grundstücke in Berlin selbst, in der heutigen Ostzone und im Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie gewährten, fehlt es an statistischen Unterlagen.

Insgesamt verwalten die verlagerten Berliner Institute (einschl. der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte) rund 1,5 Mrd. DM an Umstellungsgrundschulden auf westdeutschen Grundstücken; das entspricht etwa 1 680 Mill. DM verbliebenen Hypothekenforderungen. An diesen Ausleihungen sind die Hypothekenbanken mit 408 Mill. DM (24 vH), die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten und sonstige Bodenkreditanstalten mit 630 Mill. DM, (38 vH) und die Versicherungsunternehmen mit 343 Mill. DM (20 vH) beteiligt.

Nahezu die Hälfte der von verlagerten Berliner Instituten herausgelegten Langkredite hat Nordrhein-Westfalen an sich gezogen. Nicht unbeträchtlich verschuldet an die Berliner Institute sind auch Kreditnehmer in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hessen, und zwar zu je 10 vH der gesamten Grundbesitzverschuldung an ehemals in Berlin ansässige Institute.

Wie die Übersicht zeigt, haben die Länder, die selbst über leistungsfähige Realkreditinstitute verfügen, den Bodenkredit der Berliner Institute in weit geringerem Maße beansprucht; dies trifft vor allem für Bayern und Württemberg-Baden zu.

Tabelle 13: Umstellungsgrundschulden aus Hypotheken von Instituten mit ursprünglichem Sitz in Berlin
in 1000 DM

Land, in dem die belasteten Grundstücke liegen	Hypothekenbanken	Öffentl.-rechtl. Kreditanst.	Sonstige Bodenkred.-Institute	Schiffspfandbriefbanken	Bausparkassen	Angestell.-versicherung	Priv. und öffentl. Versich.-Untern.	Zusammen
Schleswig-Holstein	11 710	73 633	38 074	615	227	6 005	12 723	142 987
Hamburg	21 187	1 811	11 479	5 496	144	30 448	39 899	110 464
Niedersachsen	35 329	37 995	58 450	268	111	—	21 907	154 060
Nordrhein-Westfalen	243 789	88 718	108 468	106	351	169 260	119 670	730 262
Bremen	5 335	2 865	8 209	91	3	—	2 790	19 293
Hessen	24 484	22 157	30 038	—	33	24 896	46 079	147 685
Württemberg-Baden	2 074	372	15 682	75	—	—	26 374	44 677
Bayern	9 600	3 275	44 759	227	137	20 327	31 310	109 635
Rheinland-Pfalz	5 492	989	13 544	—	—	4 803	6 029	30 857
Baden	8 272	146	6 317	—	4	—	1 652	16 391
Württemberg-Hohenzollern	310	139	2 840	—	3	—	145	3 437
Kreis Lindau	31	—	—	—	—	—	—	31
Bundesgebiet	367 613	232 180	337 858	6 878	1 013	255 739	398 478	1 509 679

C. Die Erträgnisse der Umstellungsgrundschulden und die Bedeutung der Ruinenhypotheken

Die Erträgnisse aus den Umstellungsgrundschulden, d. h. Zinsen und Tilgungsbeträge, stehen den Ländern zu, auf deren Grundstücken diese öffentliche Last ruht, also in der hier angewendeten Terminologie den „Schuldnerländern“. Die aufkommenden Mittel wurden von den empfangsberechtigten Ländern – im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen – vorläufig verwendet; sie stellen

gegenwärtig eine der wichtigsten Quellen für die Finanzierung des sozialen Wohnungsbaues dar.

In der ersten Zeit nach Inkrafttreten des „Sicherungsgesetzes“ gingen allerdings die Erträgnisse aus den Umstellungsgrundschulden nur recht zögernd ein und blieben beträchtlich hinter den errechneten Sollbeträgen zurück. In zahlreichen Fällen mußte von den Bestimmun-

gen der Zweiten Durchführungsverordnung Gebrauch gemacht werden, nach denen die Leistungen aus den Umstellungsgrundschulden zu stunden sind, wenn sie nicht aus den Erträgen der belasteten Grundstücke gedeckt werden.

In der Folgezeit ist indessen das Aufkommen aus den

retisch für den Zeitraum von Mitte 1948 bis Ende 1950 ein Gesamtaufkommen in Höhe von rund 17 vH der Umstellungsgrundschulden errechnen. Tatsächlich belief sich aber in dieser Zeit das gesamte Bruttoaufkommen im Bundesgebiet auf nur 5,9 vH des Kapitalbetrages der Umstellungsgrundschulden.

Tabelle 14: Aufkommen aus den Umstellungsgrundschulden 1)

Land	1948 2. Halbj. 2)	1949			1950			1948 2. Halbj. 1949, 1950 zusammen	Verhältnis zu den Grundstücks- belastungen
		1. Halbj. 2)	2. Halbj.	Jahr	1. Halbj.	2. Halbj.	Jahr		
Millionen DM									vH
Nettoaufkommen in:									
Schleswig-Holstein	6,1	9,1	15,0	24,1	12,2	13,9	26,1	56,3	6,8
Hamburg	3,5	12,0	13,1	25,1	15,7	14,8	30,5	59,1	3,8
Niedersachsen	6,8	25,6	24,4	50,0	28,8	29,5	58,3	115,1	7,2
Nordrhein-Westfalen	8,9	43,3	42,2	85,5	45,9	62,0	97,9	192,3	4,1
Bremen	1,2	2,9	3,5	6,4	3,7	3,7	7,4	15,0	5,9
Hessen	2,3	13,2	16,5	29,7	16,7	17,8	34,5	66,5	5,9
Württemberg-Baden	2,5	9,6	10,7	20,3	9,6	11,3	20,9	43,7	6,3
Bayern	4,1	27,2	30,5	57,7	41,9	37,2	79,1	140,9	6,4
Rheinland-Pfalz	—	3,1	3,8 2)	6,9	5,0 2)	4,6	9,6	16,5	4,3
Baden	—	—	4,0 2)	4,0	3,5 2)	3,2	6,7	10,7	5,9
Württemberg-Hohenzollern	—	0,5	1,3 2)	1,8	1,6 2)	1,6	3,2	5,0	8,6
Kreis Lindau	—	0,1	0,2 2)	0,3	0,2 2)	0,2	0,4	0,7	8,4
Bundesgebiet	35,4	148,6	165,2	311,8	184,8	189,8	374,6	721,8	5,9
Verwaltungsgebühren	2,9	15,9	20,3	36,2	17,6	18,2	35,8	74,9	0,6
Bruttoaufkommen	38,3	162,5	185,5	348,0	202,4	208,0	410,4	796,7	5,9

1) Die Zahlenangaben stellen das Aufkommen in dem jeweiligen Zeitraum dar, enthalten aber auch Beträge, die bereits früher fällig waren. — 2) Aus dem Bruttoaufkommen geschätztes Nettoergebnis.

Umstellungsgrundschulden fortgesetzt angewachsen; die Erträge des zweiten Halbjahres 1950 überstiegen allerdings die des ersten nur noch um ein Geringes. Insgesamt sind seit Erlaß des Sicherungsgesetzes im Bundesgebiet rund 800 Mill. DM an Leistungen aufgekomen. Nach Abzug der Verwaltungsgebühren, die im Durchschnitt 9,4 vH, zuletzt jedoch nur 8,7 vH des Bruttoaufkommens ausmachten, ergibt sich für das Bundesgebiet ein Nettoaufkommen von 722 Mill. DM. Im Jahre 1950 sind netto 375 Mill. DM an Leistungen eingegangen gegen 312 Mill. DM im Vorjahr.

Regional ergaben sich im Aufkommen beträchtliche Unterschiede, wenn man die Nettoerträge zu den Grundstücksbelastungen, d. h. dem Kapitalbetrag der Umstellungsgrundschulden in den einzelnen Ländern in Beziehung setzt. Die relativ höchsten Erträge hatten in der Regel die Länder aufzuweisen, deren Grundbesitz am wenigsten von Kriegsschäden betroffen wurde, also überwiegend agrarische Gebiete. Umgekehrt war das Aufkommen in Ländern, in denen zahlreiche Großstädte gelegen sind, besonders niedrig. Relativ am geringsten waren daher die Erträge in dem Stadtstaat Hamburg und in Nordrhein-Westfalen. In diesen Gebieten ist der Anteil der sog. Ruinenhypotheken an den Grundstücksbelastungen sehr hoch. In den gleichen Gebieten ist zudem der Anteil der öffentlichen Förderdarlehen mit niedrigem Zinssatz besonders groß.

In welchem Maße die tatsächlichen Leistungen hinter dem rechnerischen Maximalaufkommen (das eine Vollbedienung der gesamten Umstellungsgrundschulden voraussetzt) zurückblieben, zeigt folgende überschlägliche Berechnung: Nimmt man entsprechend dem zugrunde liegenden Hypothekenzins eine durchschnittliche Zinsleistung von 4½% an und einen Tilgungssatz von einem Drittel der Gesamtleistungen, so würde sich theo-

Das so zutage tretende Mißverhältnis zwischen dem Aufkommen aus den Umstellungsgrundschulden und dem Kapitalbetrag dieser Grundlasten erklärt sich in erster Linie dadurch, daß bei einem erheblichen Teil der Umstellungsgrundschulden noch keinerlei Leistungen aus dem Grundstück erfolgt sind. Dies trifft insbesondere bei den Grundlasten auf total zerstörten Grundstücken, den Ruinenhypotheken, zu. Der Anteil derartiger Hypotheken fällt besonders in den Ländern mit überwiegend städtischem Grundbesitz stark ins Gewicht.

Bei der Erhebung zum 31. 3. 1950 wurden diese Fälle in dem Nachweisungs-schema nicht besonders ausgegliedert. Einzelne Länder wie Hamburg, Rheinland-Pfalz und Württemberg-Hohenzollern haben indessen Sonderuntersuchungen über zweifelhafte Fälle bei den erfaßten Umstellungsgrundschulden angestellt. Dahin gehören neben den Umstellungsgrundschulden auf total zerstörten Grundstücken, bei denen bis zum Stichtag noch keinerlei Leistung erfolgt war, auch solche, bei denen am Stichtag ein rechtsverbindlicher Verzicht geleistet wurde, die Voraussetzungen für diesen aber noch nicht eingetreten sind; ferner gehören hierher verbliebene schwebende Verfahren.

Diese Untersuchungen ergaben folgendes:

Von den im Stadtstaat Hamburg verwalteten Umstellungsgrundschulden lasten 39 vH auf total zerstörten Grundstücken. Außerdem entfällt ein geringer Teil auf sonstige zweifelhafte Grundlasten. Noch ungünstiger ist die Relation, wenn man die von Hamburg verwalteten Umstellungsgrundschulden, die auf Grundstücken im Lande selbst ruhen, allein in Betracht zieht; dabei ergibt sich ein Anteilsatz von über 42 vH aller Grundlasten für solche auf zerstörten Grundstücken.

Auch in Rheinland-Pfalz ist der Anteil der zweifelhaften Grundlasten, insbesondere der Ruinenhypotheken,

an den gesamten Umstellungsgrundschulden, die auf Grundstücken des Landes lasten, verhältnismäßig hoch (25 vH). Auf die Umstellungsgrundschulden auf zerstörten Grundstücken dieses Landes entfallen allein 23 vH aller öffentlichen Grundlasten aus dem Sicherungsgesetz. Der hohe Anteil der Ruinenhypotheken in Rheinland-Pfalz ist darauf zurückzuführen, daß der Grundbesitz dieses Landes – im Gegensatz zu Hamburg – nicht nur von den Einwirkungen des Luftkrieges, sondern auch von Zerstörungen durch Erdkämpfe betroffen wurde. In dem überwiegend agrarischen Württemberg-

Hohenzollern betrug dagegen der Anteil der Ruinenhypotheken nur rund 5 vH.

Die hohe Zahl von Zweifelsfällen, insbesondere der erhebliche Anteil von Ruinenhypotheken führt dazu, daß künftig mit einer starken Verminderung des Gesamtbetrages der Umstellungsgrundschulden zu rechnen ist. Die Entscheidung über diese zweifelhaften Fälle wird jedoch erst nach geraumer Frist fallen. Erst dann wird es möglich sein, endgültig festzustellen, welcher Betrag für die sogenannte Hypothekengewinnabgabe im Rahmen des Lastenausgleichs zur Verfügung stehen wird.

Tabelle 15: Anteil der zweifelhaften Umstellungsgrundschulden in einzelnen Ländern an den insgesamt verwalteten Umstellungsgrundschulden

Art der Umstellungsgrundschulden	Umstellungsgrundschulden															
	auf landwirtschaftlichen Grundstücken verwaltet in								auf sonstigen Grundstücken verwaltet in							
	Hamburg		Rheinland-Pfalz		Württemb.-Hohenz.		Zusammen		Hamburg		Rheinland-Pfalz		Württemb.-Hohenz.		Zusammen	
	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM	vH
Erfaßte Umstellungsgrundschulden, insgesamt:	7 681	100,0	28 158	100,0					1 518 759	100,0	489 679	100,0				
darunter zweifelhafte Umstellungsgrundschulden zusammen:	87	8,5	3 091	11,8					610 892	48,4	154 818	31,9				
davon auf total zerstörten Grundstücken ¹⁾ ...	13	0,2	1 300	5,0					693 113	39,2	148 811	30,9				
sonst. Zweifelsfälle ²⁾	24	0,3	1 791	6,8					17 779	1,2	5 202	1,0				
Art der Umstellungsgrundschulden	auf allen Grundstücken verwaltet in								darunter auf Grundstücken im eigenen Land verwaltet in							
	Hamburg		Rheinland-Pfalz		Württemb.-Hohenz.		Zusammen		Hamburg		Rheinland-Pfalz		Württemb.-Hohenz.		Zusammen	
	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM	vH
	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM	vH
Erfaßte Umstellungsgrundschulden, insgesamt:	1 521 487	100,0	508 832	100,0	44 115	100,0	2 072 384	100,0	1 314 859	100,0	385 732	100,0	38 304	100,0	1 738 966	100,0
darunter zweifelhafte Umstellungsgrundschulden zusammen:	610 929	48,2	157 184	31,0	3 888	7,9	771 481	37,2	571 417	48,4	95 583	24,8	2 489	6,5	669 496	38,5
davon auf total zerstörten Grundstücken ¹⁾ ...	593 126	39,0	150 111	29,6	2 814	6,4	746 051	36,0	555 064	42,2	88 605	23,0	2 083	5,4	645 752	37,2
sonst. Zweifelsfälle ²⁾	17 803	1,2	6 993	1,4	554	1,2	25 350	1,2	16 353	1,2	6 978	1,8	413	1,1	23 744	1,3

¹⁾ Umstellungsgrundschulden auf total zerstörten Grundstücken, bei denen bis zum Stichtag noch keinerlei Leistungen aus dem Grundstück erfolgt waren und es auch zweifelhaft ist, ob jemals derartige Leistungen erfolgen werden. Es handelt sich hierbei um Grundstücke, bei denen auf Antrag des Eigentümers nach Artikel II § 3 a, b des Gesetzes zur Änderung des Sicherungsgesetzes auf die Umstellungsgrundschulden ganz oder teilweise zu verzichten ist. — ²⁾ Umstellungsgrundschulden, bei denen am Stichtag (31. 3. 1950) noch ein Verfahren gemäß § 6 der 40. DVO. zum Umstellungsgesetz schwebte und daher noch nicht feststand, ob eine Umstellung 1:1 in Frage kommt. Außerdem Umstellungsgrundschulden, bei denen am Stichtag gemäß Artikel II § 3 des Änderungsgesetzes eine rechtsverbindliche Zusage vorlag, daß auf die entstandene Umstellungsgrundschuld verzichtet wird, wenn die Voraussetzungen des § 3 b gegeben sind, bei denen diese Voraussetzungen aber noch nicht eingetreten sind.



Inhalt des Tabellenteils

	Seite
1. Umstellungsgrundschulden nach Schuldnerländern (Zahl und Betrag)	24
2. Umstellungsgrundschulden nach dem Sitz der Verwaltungsstellen (Zahl u. Betrag)	26
3. Umstellungsgrundschulden nach Schuldnerländern und nach dem Sitz der Verwaltungsstellen (Zahl und Betrag)	28
4. Umstellungsgrundschulden nach Schuldnerländern und nach dem ursprünglichen Gläubigersitz (Betrag)	29
5. Umstellungsgrundschulden nach Art und Sitz der Verwaltungsstellen (Zahl und Betrag)	
a) aus umgestellten eigenen Rechten	30
b) aus Privathypotheken	32
c) aus umgestellten Rechten sonstiger Gläubiger	34
d) insgesamt	36
6. Umstellungsgrundschulden aus eigenen Rechten (Betrag)	
a) in Verwaltung von Hypothekenbanken	38
b) in Verwaltung von öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten	39
c) in Verwaltung von Bausparkassen	40
d) in Verwaltung von privaten und öffentlichen Versicherungsunternehmen	40
e) in Verwaltung von verlagerten Instituten	40

1. Umstellungsgrundschulden

Anzahl

Land, in dem die belasteten Grundstücke liegen (Schuldnerland)	aus umgestellten Rechten			davon aus Privathypothesen
	eigenen	anderer Gläubiger	zusammen	
auf land- u. forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken:				
Schleswig-Holstein	37 110	9 169	46 279	5 367
Hamburg	586	763	1 349	713
Niedersachsen	64 664	16 439	81 103	8 994
Nordrhein-Westfalen	22 493	7 131	29 624	2 923
Bremen	227	-	227	-
Hessen	25 074	2 557	27 631	2 331
Württemberg-Baden	7 346	1 224	8 570	818
Bayern	71 864	15 817	87 681	5 607
Rheinland-Pfalz	8 078	1 254	9 332	196
Baden	5 215	347	5 562	254
Württemberg-Hohenzollern	2 284	186	2 470	159
Lindau	382	206	588	71
Bundesgebiet	245 323	55 093	300 416	27 433
auf sonstigen (städt.) Grundstücken:				
Schleswig-Holstein	75 019	39 772	114 791	33 838
Hamburg	58 973	79 410	138 383	73 128
Niedersachsen	167 452	49 891	217 343	44 905
Nordrhein-Westfalen	454 751	106 402	561 153	86 017
Bremen	38 961	13 728	52 689	12 912
Hessen	139 633	18 800	158 433	17 332
Württemberg-Baden	70 987	12 819	83 806	10 003
Bayern	176 993	38 827	215 820	25 439
Rheinland-Pfalz	48 595	14 580	63 175	3 918
Baden	16 551	3 459	20 010	2 810
Württemberg-Hohenzollern	9 413	1 721	11 134	1 537
Lindau	852	278	1 130	223
Bundesgebiet	1 258 180	379 687	1 637 867	312 062
zusammen auf allen Grundstücken:				
Schleswig-Holstein	112 129	48 941	161 070	39 205
Hamburg	59 559	80 173	139 732	73 841
Niedersachsen	232 116	66 330	298 446	53 899
Nordrhein-Westfalen	477 244	113 533	590 777	88 940
Bremen	39 188	13 728	52 916	12 912
Hessen	164 707	21 357	186 064	19 663
Württemberg-Baden	78 333	14 043	92 376	10 821
Bayern	248 857	54 644	303 501	31 046
Rheinland-Pfalz	56 673	15 834	72 507	4 114
Baden	21 766	3 806	25 572	3 064
Württemberg-Hohenzollern	11 697	1 907	13 604	1 695
Lindau	1 234	484	1 718	294
Bundesgebiet	1 503 503	434 780	1 938 283	339 495

nach Schuldnerländern

Betrag in 1000 DM

Land, in dem die belasteten Grundstücke liegen (Schuldnerland)	aus umgestellten Rechten			davon aus Privathypotheken
	eigenen	anderer Gläubiger	zusammen	
auf land- u. forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken:				
Schleswig-Holstein	219 233	27 052	246 285	19 133
Hamburg	3 523	2 415	5 938	2 321
Niedersachsen	235 947	50 868	286 815	35 404
Nordrhein-Westfalen	94 589	28 557	123 146	16 471
Bremen	921	-	921	-
Hessen	66 036	13 379	79 414	12 714
Württemberg-Baden	23 021	6 702	29 723	5 841
Bayern	175 150	45 489	220 638	14 611
Rheinland-Pfalz	22 011	3 986	25 997	878
Baden	12 044	1 260	13 304	1 012
Württemberg-Hohenzollern	7 994	1 045	9 039	982
Lindau	1 447	979	2 427	153
Bundesgebiet	861 913	181 732	1 043 645	109 520
auf sonstigen (städt.) Grundstücken:				
Schleswig-Holstein	388 670	189 834	578 503	165 644
Hamburg	1 044 607	509 181	1 553 787	434 302
Niedersachsen	1 009 920	306 921	1 316 841	286 946
Nordrhein-Westfalen	3 389 717	1 176 097	4 565 813	1 045 874
Bremen	181 860	72 647	254 507	65 400
Hessen	878 608	152 241	1 030 848	123 260
Württemberg-Baden	545 418	120 456	665 872	89 206
Bayern	1 589 418	386 859	1 975 279	249 374
Rheinland-Pfalz	235 944	123 791	359 735	26 442
Baden	120 171	47 688	167 860	41 369
Württemberg-Hohenzollern	36 945	12 421	49 367	11 128
Lindau	3 831	2 028	5 860	1 463
Bundesgebiet	9 424 108	3 100 165	12 524 273	2 540 408
zusammen auf allen Grundstücken:				
Schleswig-Holstein	607 903	216 886	824 788	184 777
Hamburg	1 048 130	511 596	1 559 725	436 623
Niedersachsen	1 245 867	357 789	1 603 656	322 350
Nordrhein-Westfalen	3 484 306	1 204 654	4 688 959	1 062 345
Bremen	182 781	72 647	255 428	65 400
Hessen	944 644	165 620	1 110 262	135 974
Württemberg-Baden	568 439	127 158	695 595	95 047
Bayern	1 763 568	432 348	2 195 917	263 985
Rheinland-Pfalz	257 955	127 777	385 732	27 320
Baden	132 215	48 948	181 164	42 381
Württemberg-Hohenzollern	44 939	13 466	58 406	12 110
Lindau	5 278	3 007	8 287	1 616
Bundesgebiet	10 286 022	3 281 897	13 567 919	2 649 928

Summenabweichung durch Runden der Zahlen.

2. Umstellungsgrundschulden nach

Anzahl

Land, in dem die Verwaltungsstellen liegen	aus umgestellten Rechten			davon Privathypotheiken
	eigenen	anderer Gläubiger	zusammen	
auf land- u. forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken:				
Schleswig-Holstein	25 113	8 353	33 466	5 311
Hamburg	739	742	1 481	691
Niedersachsen	54 510	16 414	70 924	8 994
Nordrhein-Westfalen	46 941	7 939	54 880	2 958
Bremen	397	54	451	52
Hessen	23 976	2 549	26 525	2 324
Württemberg-Baden	8 637	1 278	9 915	857
Bayern	70 196	15 982	86 178	5 648
Rheinland-Pfalz	8 145	1 255	9 400	197
Baden	3 573	270	3 843	193
Württemberg-Hohenzollern	3 033	226	3 259	190
Lindau	63	31	94	18
Bundesgebiet	245 323	55 093	300 416	27 433
auf sonstigen (städt.) Grundstücken:				
Schleswig-Holstein	59 544	38 591	98 135	32 986
Hamburg	78 650	79 137	157 787	72 459
Niedersachsen	186 398	52 453	238 851	47 767
Nordrhein-Westfalen	390 334	98 272	488 606	79 131
Bremen	41 428	16 095	57 523	15 247
Hessen	149 713	19 539	169 252	18 582
Württemberg-Baden	95 478	15 234	110 712	11 269
Bayern	184 931	40 310	225 241	25 974
Rheinland-Pfalz	56 024	15 456	71 480	4 750
Baden	8 443	2 817	11 260	2 327
Württemberg-Hohenzollern	6 907	1 586	8 493	1 421
Lindau	330	197	527	149
Bundesgebiet	1 258 180	379 687	1 637 867	312 062
zusammen auf allen Grundstücken:				
Schleswig-Holstein	84 657	46 944	131 601	38 297
Hamburg	79 389	79 879	159 268	73 150
Niedersachsen	240 908	68 867	309 775	56 761
Nordrhein-Westfalen	437 275	106 211	543 486	82 089
Bremen	41 825	16 149	57 974	15 299
Hessen	173 689	22 088	195 777	20 906
Württemberg-Baden	104 115	16 512	120 627	12 126
Bayern	255 127	56 292	311 419	31 622
Rheinland-Pfalz	64 169	16 711	80 880	4 947
Baden	12 016	3 087	15 103	2 520
Württemberg-Hohenzollern	9 940	1 812	11 752	1 611
Lindau	393	228	621	167
Bundesgebiet	1 503 503	434 780	1 938 283	339 495

dem Sitz der Verwaltungsstellen

Betrag in 4000 DM

Land, in dem die Verwaltungsstellen liegen	aus umgestellten Rechten			davon Privathypothesen
	eigenen	anderer Gläubiger	zusammen	
auf land- u. forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken:				
Schleswig-Holstein	123 246	21 374	144 620	18 927
Hamburg	5 317	2 364	7 681	2 268
Niedersachsen	196 760	50 860	247 620	35 572
Nordrhein-Westfalen	241 680	34 405	276 085	16 701
Bremen	1 805	155	1 960	145
Hessen	55 472	12 970	68 442	12 307
Württemberg-Baden	26 220	6 998	33 218	6 085
Bayern	173 527	46 376	219 903	14 713
Rheinland-Pfalz	22 162	3 994	26 156	886
Baden	7 159	982	8 141	788
Württemberg-Hohenzollern	8 396	1 151	9 547	1 071
Lindau	169	103	272	57
Bundesgebiet	861 913	181 732	1 043 645	109 520
auf sonstigen (städt.) Grundstücken:				
Schleswig-Holstein	286 748	179 846	466 594	158 370
Hamburg	1 004 583	509 173	1 513 756	431 198
Niedersachsen	1 306 219	338 873	1 645 092	320 779
Nordrhein-Westfalen	2 495 446	1 128 249	3 623 695	987 336
Bremen	302 138	90 235	392 373	82 368
Hessen	927 413	131 267	1 058 680	126 482
Württemberg-Baden	905 721	160 933	1 066 654	118 990
Bayern	1 762 383	379 176	2 141 559	235 810
Rheinland-Pfalz	349 473	131 203	480 676	33 447
Baden	58 655	39 182	97 837	35 261
Württemberg-Hohenzollern	24 048	10 520	34 568	9 358
Lindau	1 281	1 508	2 789	1 009
Bundesgebiet	9 424 108	3 100 165	12 524 273	2 540 408
zusammen auf allen Grundstücken:				
Schleswig-Holstein	409 994	201 220	611 214	177 297
Hamburg	1 009 900	511 537	1 521 437	433 466
Niedersachsen	1 502 979	389 733	1 892 712	356 351
Nordrhein-Westfalen	2 737 126	1 162 654	3 899 780	1 004 037
Bremen	303 943	90 390	394 333	82 513
Hessen	982 885	144 237	1 127 122	138 789
Württemberg-Baden	931 941	167 931	1 099 872	125 075
Bayern	1 935 910	425 552	2 361 462	250 523
Rheinland-Pfalz	371 635	135 197	506 832	34 333
Baden	65 814	40 164	105 978	36 049
Württemberg-Hohenzollern	32 444	11 671	44 115	10 429
Lindau	1 450	1 611	3 061	1 066
Bundesgebiet	10 286 022	3 281 897	13 567 919	2 649 928

Summenabweichung durch Runden der Zahlen.

3. Umstellungsgrundschulden nach Schuldnerländern und nach dem Sitz der Verwaltungsstellen

Anzahl und Betrag in 1000 DM

Land, in dem die belasteten Grundstücke liegen (Schuldnerland)	Umstellungsgrundschulden verwaltet in												zusammen
	Schlesw.-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Bremen	Hessen	Württbg.-Baden	Bayern	Rheinl.-Pfalz	Baden	Württbg.-Hohenz.	Lindau	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Anzahl													
Schleswig-Holstein	127 974	11 937	2 532	13 510	587	3 461	721	348	-	-	-	-	161 070
Hamburg	3 211	125 276	4 758	1 694	2 078	1 077	552	1 015	71	-	-	-	139 732
Niedersachsen	77	3 589	270 879	13 510	2 163	4 076	1 826	1 949	377	-	-	-	298 446
Nordrhein-Westfalen	172	9 177	22 616	508 603	7 440	16 018	11 814	12 405	2 528	2	2	-	590 777
Bremen	7	5 091	2 818	568	43 093	1 067	210	51	11	-	-	-	52 916
Hessen	31	2 625	3 759	2 725	1 500	167 282	5 001	1 827	1 304	8	2	-	186 064
Württemberg-Baden	2	1 047	156	783	68	1 063	85 669	1 694	156	412	1 326	-	92 376
Bayern	122	379	1 549	1 859	479	1 394	2 884	290 910	3 899	18	6	2	303 501
Rheinland-Pfalz	-	-	-	-	-	-	-	-	72 507	-	-	-	72 507
Baden	2	89	693	163	558	287	9 040	82	23	14 631	4	-	25 572
Württemberg-Hohenzollern	3	55	12	71	3	52	2 909	54	4	32	10 409	-	13 604
Lindau	-	3	3	-	5	-	1	1 084	-	-	3	619	1 718
zusammen	131 601	159 268	309 775	543 486	57 974	195 777	120 627	311 419	80 880	15 103	11 752	621	1 938 283
davon:													
aus eigenen Rechten	84 657	79 389	240 908	437 275	41 825	173 689	104 115	255 127	64 169	12 016	9 940	393	1 503 503
aus Privathypotheken	38 297	73 150	56 761	82 089	15 299	20 906	12 126	31 622	4 947	2 520	1 611	167	339 495
aus sonst. fremden Rechten	8 647	6 717	12 106	24 122	850	1 182	4 386	24 670	11 764	567	201	61	95 273
Betrag in 1 000 DM													
Schleswig-Holstein	596 518	41 291	26 680	117 872	4 871	18 871	8 718	9 967	-	-	-	-	824 788
Hamburg	13 385	1 314 850	51 405	61 032	24 589	14 632	30 469	45 825	3 538	-	-	-	1 559 725
Niedersachsen	211	37 880	1 345 686	88 620	27 801	30 032	21 538	41 989	9 899	-	-	-	1 603 656
Nordrhein-Westfalen	443	65 966	367 597	3 526 178	111 599	177 905	214 174	183 699	41 389	8	1	-	4 688 959
Bremen	113	16 496	21 351	5 840	202 883	6 018	1 723	968	36	-	-	-	255 428
Hessen	101	25 728	45 068	59 270	13 348	850 930	67 302	36 906	11 467	113	29	-	1 110 262
Württemberg-Baden	9	12 098	2 586	18 236	424	13 584	612 723	25 886	1 596	2 812	5 641	-	695 595
Bayern	426	5 434	23 926	18 334	4 098	9 837	74 980	2 005 829	52 943	90	13	7	2 195 917
Rheinland-Pfalz	-	-	-	-	-	-	-	-	385 732	-	-	-	385 732
Baden	5	1 418	8 195	3 525	4 641	4 981	52 620	2 610	226	102 905	38	-	181 164
Württemberg-Hohenzollern	3	267	195	873	15	331	15 622	2 660	6	50	38 384	-	58 406
Lindau	-	8	23	-	65	-	4	5 124	-	-	9	3 054	8 287
zusammen	611 214	1 521 437	1 892 712	3 899 780	394 334	1 127 121	1 099 873	2 361 462	506 832	105 978	44 115	3 061	13 567 918
davon:													
aus eigenen Rechten	409 994	1 009 900	1 502 979	2 737 126	303 943	982 885	931 942	1 935 910	371 635	65 814	32 444	1 450	10 286 022
aus Privathypotheken	177 297	433 466	356 351	1 004 037	82 513	138 790	125 075	250 522	34 333	36 049	10 429	1 066	2 649 928
aus sonst. fremden Rechten	23 923	77 986	33 382	158 617	7 877	5 447	42 857	175 030	100 864	4 115	1 242	545	631 884

Summenabweichung durch Runden der Zahlen.

4. Umstellungsgrundschulden nach Schuldnerländern und nach ursprünglichem Gläubigersitz

Betrag in 1000 DM

Land, in dem die belasteten Grundstücke liegen (Schuldnerland)	Schlesw.-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Bremen	Hessen	Württbg.-Baden	Bayern	Rheinl.-Pfalz	Baden	Württbg.-Hohenz.	Lindau	Gebiete ausserhalb der Bundesrepublik	zusammen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
auf land-u. forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken:														
Schleswig-Holstein	144 065	508	504	5 730	29	166	20	271	-	-	-	-	94 992	246 285
Hamburg	279	5 273	339	33	-	-	-	-	-	-	-	-	14	5 938
Niedersachsen	12	84	231 052	466	448	302	163	14	-	-	-	-	54 274	286 815
Nordrhein-Westfalen	-	230	1 758	97 308	-	127	216	286	18	0	-	-	23 203	123 146
Bremen	-	-	205	-	445	-	-	-	-	-	-	-	271	921
Hessen	-	7	112	255	-	66 483	361	2 364	126	-	-	-	9 707	79 415
Württemberg-Baden	-	-	-	-	-	21	25 224	445	-	17	3 553	-	463	29 723
Bayern	-	-	40	-	20	12	1 250	212 129	15	-	4	1	7 167	220 638
Rheinland-Pfalz	6	15	23	1 744	-	4 936	164	2 553	12 126	16	-	-	4 414	25 997
Baden	-	-	-	-	-	-	5 091	-	-	8 121	1	-	91	13 304
Württemberg-Hohenz.	-	-	-	-	-	178	620	1 974	-	3	5 980	-	284	9 041
Lindau	-	-	-	-	-	-	4	2 093	-	-	9	271	49	2 426
Bundesgebiet:	144 362	6 117	234 033	105 536	942	72 225	33 113	222 129	12 285	8 157	9 547	272	194 929	1 043 645
auf sonstigen (städt.) Grundstücken:														
Schleswig-Holstein	446 397	26 544	10 082	6 756	952	11 913	6 477	5 886	-	-	-	-	63 497	578 504
Hamburg	13 026	1 268 324	28 860	32 848	4 359	8 037	15 167	38 517	3 538	-	-	-	141 112	1 553 788
Niedersachsen	141	32 761	1 046 673	22 821	11 835	15 706	12 054	38 594	9 899	-	-	-	126 357	1 316 841
Nordrhein-Westfalen	416	53 364	93 889	3 081 200	7 576	94 974	136 585	176 451	41 371	8	1	-	879 979	4 565 814
Bremen	113	10 322	16 441	2 031	199 041	2 830	453	489	36	-	-	-	22 743	254 507
Hessen	39	22 438	13 149	29 521	1 765	720 380	36 966	31 852	11 341	113	29	-	163 256	1 030 849
Württemberg-Baden	-	9 251	1 799	4 988	81	12 346	561 366	23 679	1 596	2 795	2 088	-	45 885	665 874
Bayern	161	4 874	2 544	1 829	674	7 688	48 966	1 735 767	52 928	90	9	6	119 742	1 975 278
Rheinland-Pfalz	22	7 329	1 767	16 550	161	32 570	7 186	29 320	225 390	4 154	121	-	35 157	359 735
Baden	5	940	2 356	195	448	2 360	43 525	2 203	226	94 784	37	-	20 780	167 859
Württemberg-Hohenz.	3	219	-	31	-	69	12 810	609	6	47	32 404	-	3 168	49 366
Lindau	-	-	-	-	-	-	-	3 029	-	-	-	2 783	47	5 859
Bundesgebiet:	460 323	1 436 366	1 217 560	3 198 770	226 892	908 889	881 555	2 086 398	346 331	101 991	34 689	2 789	1 621 723	12 524 273
zusammen auf allen Grundstücken:														
Schleswig-Holstein	590 462	27 052	10 586	12 486	981	12 079	6 497	6 157	-	-	-	-	158 489	824 789
Hamburg	13 305	1 273 597	29 199	32 881	4 359	8 037	15 167	38 517	3 538	-	-	-	141 126	1 559 726
Niedersachsen	153	32 845	1 277 725	23 287	12 283	16 008	12 217	38 608	9 899	-	-	-	180 631	1 603 656
Nordrhein-Westfalen	416	53 594	95 647	3 178 508	7 576	95 101	136 801	176 737	41 389	8	1	-	903 182	4 688 960
Bremen	113	10 322	16 646	2 031	199 486	2 838	453	489	36	-	-	-	23 014	254 428
Hessen	39	22 445	13 261	29 776	1 765	786 863	37 327	34 216	11 467	113	29	-	172 963	1 110 264
Württemberg-Baden	-	9 251	1 799	4 988	81	12 367	586 590	24 124	1 596	2 812	5 641	-	46 348	695 597
Bayern	161	4 874	2 584	1 829	694	7 700	50 216	1 947 896	52 943	90	13	7	126 909	2 195 916
Rheinland-Pfalz	28	7 344	1 790	18 294	161	37 514	7 350	31 873	237 516	4 170	121	-	39 571	385 732
Baden	5	940	2 356	195	448	2 360	48 616	2 203	226	102 905	38	-	20 871	181 163
Württemberg-Hohenz.	3	219	-	31	-	247	13 430	2 583	6	50	38 384	-	3 452	58 407
Lindau	-	-	-	-	-	-	4	5 122	-	-	9	3 054	96	8 285
Bundesgebiet:	604 685	1 442 483	1 451 593	3 304 306	227 834	981 114	914 668	2 308 527	358 616	110 148	44 236	3 061	1 816 652	13 567 919

Summenabweichung durch Runden der Zahlen.

1) Davon 3 082 Mill. DM aus fremden Rechten, alle übrigen Beträge in dieser Spalte entstammen Hypotheken aus eigenen Rechten.

5. Umstellungsgrundschulden nach Art

a) aus umgestellten

Anzahl

Art der Verwaltungsstellen	Schlesw.- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Bremen	Hessen	Württbg.- Baden	Bayern	Rheinl.- Pfalz	Baden	Württbg.- Hohenz.	Lindau	zusammen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
auf land- u. forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken:													
Hypothekenbanken	12	241	2 456	356	179	266	987	46 994	293	7	-	-	51 791
Öffentl. rechtl. Kreditanstalten	11 155	15	26 035	30 046	3	14 627	519	1 753	2 045	1	511	-	86 710
Sonst. Bodenkreditinstitute	-	-	-	5 200	-	-	10	-	152	-	-	-	5 362
Sparkassen	9 057	350	19 231	8 573	201	5 935	3 413	13 522	2 804	3 333	1 447	63	67 929
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	2 701	53	2 057	103	-	1 740	2 626	6 453	1 300	202	-	-	17 435
Kreditbanken	838	-	181	-	5	-	328	140	6	-	-	-	1 498
Bausparkassen	-	-	100	-	4	5	38	-	-	21	-	-	168
Invalidenversicherung	1	-	6 ¹⁾	-	-	-	1	17	-	-	-	-	25
Angestelltenversicherung	4	-	-	2	-	4	-	5	-	-	-	-	15
Knappschaftversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonst. Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	52	-	-	-	-	-	52
Private u. öffentliche Versi- cherungsunternehmen	81	80	263	85	-	239	322	582	61	-	-	-	1 713
Gebietskörperschaften	1 264	-	4 168	2 576	5	1 160	136	19	1 482	9	4	-	10 823
Sonstige Verwaltungsstellen	-	-	13	-	-	-	5	711	2	-	1 071	-	1 802
zusammen	25 113	739	54 510	46 941	397	23 976	8 637	70 196	8 145	3 573	3 033	63	245 323
auf sonstigen (städt.) Grundstücken:													
Hypothekenbanken	2 054	9 865	27 222	19 290	11 436	19 179	24 705	85 244	14 483	85	-	-	213 563
Öffentl. rechtl. Kreditanstalten	7 954	5 349	28 768	14 635	7 703	59 993	14 237	3 460	5 209	20	2 534	-	149 862
Sonst. Bodenkreditinstitute	-	13 509	10 394	19 987	-	5 078	4 367	9 550	4 238	-	-	-	67 123
Schiffspfandbriefbanken	-	124	-	73	107	-	-	-	11	-	-	-	315
Sparkassen	32 426	20 797	66 377	212 188	19 499	39 261	26 969	46 984	21 187	6 496	3 564	329	496 077
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	755	256	1 509	1 860	-	1 895	746	2 079	883	226	-	1	10 210
Kreditbanken	84	-	114	-	65	-	791	548	65	-	-	-	1 667
Bausparkassen	571	238	1 734	2 595	474	1 341	3 192	673	536	85	-	-	11 439
Invalidenversicherung	633	3 087	1 872 ¹⁾	-	-	2 233	4 275	1 266	305	-	-	-	13 671
Angestelltenversicherung	321	962	-	14 225	-	927	-	1 092	587	-	-	-	18 114
Knappschaftversicherung	-	-	142	454	-	-	-	-	-	-	-	-	596
Sonst. Sozialversicherung	-	-	11	19	-	-	354	347	-	-	2	-	733
Private u. öffentliche Versi- cherungsunternehmen	922	12 631	9 963	13 964	1 378	1 470	10 233	9 676	2 223	-	-	-	62 460
Gebietskörperschaften	13 824	3 237	37 836	88 474	574	18 329	5 327	2 668	6 296	1 274	311	-	178 150
Sonstige Verwaltungsstellen	-	8 595	456	2 570	192	7	282	21 344	1	257	496	-	34 200
zusammen	59 544	78 650	186 398	390 334	41 428	149 713	95 478	184 931	56 024	8 443	6 907	330	1 258 180
zusammen auf allen Grundstücken:													
Hypothekenbanken	2 066	10 106	29 678	19 646	11 615	19 445	25 692	132 238	14 776	92	-	-	265 354
Öffentl. rechtl. Kreditanstalten	19 109	5 364	54 803	44 681	7 706	74 620	14 756	5 213	7 254	21	3 045	-	236 572
Sonst. Bodenkreditinstitute	-	13 509	10 394	25 187	-	5 078	4 377	9 550	4 390	-	-	-	72 485
Schiffspfandbriefbanken	-	124	-	73	107	-	-	-	11	-	-	-	315
Sparkassen	41 483	21 147	85 608	220 761	19 700	45 196	30 382	60 506	23 991	9 829	5 011	392	564 006
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	3 456	309	3 566	1 963	-	3 635	3 572	8 532	2 183	428	-	1	27 645
Kreditbanken	922	-	295	-	70	-	1 119	688	71	-	-	-	3 165
Bausparkassen	571	238	1 834	2 595	478	1 346	3 230	673	536	106	-	-	11 607
Invalidenversicherung	634	3 087	1 878 ¹⁾	-	-	2 233	4 276	1 283	305	-	-	-	13 696
Angestelltenversicherung	325	962	-	14 227	-	931	-	1 097	587	-	-	-	18 129
Knappschaftversicherung	-	-	142	454	-	-	-	-	-	-	-	-	596
Sonst. Sozialversicherung	-	-	11	19	-	-	406	347	-	-	2	-	785
Private u. öffentliche Versi- cherungsunternehmen	1 003	12 711	10 226	14 049	1 378	1 709	10 555	10 258	2 284	-	-	-	64 173
Gebietskörperschaften	15 088	3 237	42 004	91 050	579	19 489	5 463	2 687	7 778	1 283	315	-	188 973
Sonstige Verwaltungsstellen	-	8 595	469	2 570	192	7	287	22 055	3	257	1 567	-	36 002
zusammen	84 657	79 389	240 908	437 275	41 825	173 689	104 115	255 127	64 169	12 016	9 940	393	1 503 503

1) Einschliesslich Angestelltenversicherung.

und Sitz der Verwaltungsstellen

eigenen Rechten

Betrag in 1000 DM

Art der Verwaltungsstellen	Schlesw.-Holstein	Hamburg	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen	Bremen	Hessen	Württbg.-Baden	Bayern	Rheinl.-Pfalz	Baden	Württbg.-Hohenz.	Lindau	zusammen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
auf land-u. forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken:													
Hypothekenbanken	49	1 579	14 498	3 443	1 018	1 210	4 642	126 532	2 054	11	-	-	155 036
Öffentl.rechtl.Kreditanstalten	83 909	12	119 555	146 839	66	35 169	2 304	5 821	6 224	9	924	-	400 832
Sonstige Bodenkreditinstitute	-	-	-	58 606	-	-	172	-	2 883	-	-	-	61 661
Sparkassen	25 852	1 592	43 944	25 915	699	10 718	9 845	22 894	5 597	6 637	3 670	169	157 532
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	7 408	195	6 736	1 011	-	3 883	5 655	11 832	2 730	441	-	-	39 891
Kreditbanken	2 690	-	757	-	20	-	631	616	130	-	-	-	4 844
Bausparkassen	-	-	240	-	1	8	113	-	-	40	-	-	402
Invalidenversicherung	1	-	440 ¹⁾	-	-	-	16	-	-	-	-	-	484
Angestelltenversicherung	228	-	-	31	-	342	-	327	-	-	-	-	928
Knappschaftsversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	167	-	-	-	-	-	167
Private und Öffentliche Versicherungsunternehmen	575	1 938	2 317	465	-	1 179	2 003	3 160	140	-	-	-	11 777
Gebietskörperschaften	2 534	-	8 242	5 370	1	2 964	657	79	2 401	21	2	-	22 271
Sonstige Verwaltungsstellen	-	-	31	-	-	-	17	2 240	3	-	3 800	-	6 091
zusammen	123 246	5 317	196 760	241 680	1 805	55 472	26 220	173 527	22 162	7 159	8 396	169	861 913
auf sonstigen (städt.) Grundstücken:													
Hypothekenbanken	10 662	88 592	438 963	303 653	158 765	224 135	289 281	1 010 601	171 383	612	-	-	2 696 647
Öffentl.rechtl.Kreditanstalten	27 942	50 806	157 171	82 992	38 221	264 719	73 002	33 378	24 192	421	7 954	-	760 798
Sonstige Bodenkreditinstitute	-	24 648	32 695	146 914	-	19 993	12 337	34 090	10 662	-	-	-	281 339
Schiffpfandbriefbanken	-	3 284	-	1 561	6 878	-	-	-	96	-	-	-	11 819
Sparkassen	82 774	257 344	227 573	863 412	71 411	160 717	172 537	234 068	76 418	38 871	12 567	1 263	2 198 955
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	2 189	1 374	7 716	12 511	-	4 217	4 544	9 043	4 065	1 866	-	18	47 543
Kreditbanken	425	-	871	-	333	-	10 147	62 680	6 433	-	-	-	80 889
Bausparkassen	1 230	1 279	5 799	5 921	1 313	2 943	10 411	1 431	1 754	199	-	-	32 280
Invalidenversicherung	4 110	24 138	32 885 ¹⁾	-	-	14 502	34 930	18 909	1 393	-	-	-	130 867
Angestelltenversicherung	5 777	30 448	-	169 259	-	24 524	-	20 000	4 803	-	-	-	254 811
Knappschaftsversicherung	-	-	335	21 180	-	-	-	-	-	-	-	-	21 515
Sonstige Sozialversicherung	-	-	205	411	-	-	2 975	7 065	-	-	1	-	10 657
Private und Öffentliche Versicherungsunternehmen	6 166	193 184	142 807	181 170	7 540	30 245	237 569	117 595	23 183	-	-	-	939 459
Gebietskörperschaften	145 473	50 873	253 309	668 467	16 000	181 380	55 766	33 425	25 088	14 159	615	-	1 444 555
Sonstige Verwaltungsstellen	-	278 613	5 890	37 995	1 678	38	2 225	180 098	3	2 527	2 911	-	511 978
zusammen	286 748	1 004 583	1 306 219	2 495 446	302 138	927 413	905 722	1 762 383	349 473	58 655	24 048	1 281	9 424 108
zusammen auf allen Grundstücken:													
Hypothekenbanken	10 711	90 171	453 461	307 096	159 783	225 345	293 923	1 137 133	173 437	623	-	-	2 851 682
Öffentl.rechtl.Kreditanstalten	111 851	50 818	276 726	229 831	38 287	299 888	75 306	39 199	30 416	430	8 878	-	1 161 630
Sonstige Bodenkreditinstitute	-	24 648	32 695	205 520	-	19 993	12 509	34 090	13 545	-	-	-	343 000
Schiffpfandbriefbanken	-	3 284	-	1 561	6 878	-	-	-	96	-	-	-	11 819
Sparkassen	108 626	258 936	271 517	889 327	72 110	171 435	182 382	256 962	82 015	45 508	16 237	1 432	2 356 487
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	9 597	1 569	14 452	13 522	-	8 100	10 199	20 875	6 795	2 307	-	18	87 434
Kreditbanken	3 115	-	1 628	-	333	-	10 778	63 296	6 563	-	-	-	85 733
Bausparkassen	1 230	1 279	6 038	5 921	1 314	2 951	10 524	1 431	1 754	239	-	-	32 681
Invalidenversicherung	4 111	24 138	33 325 ¹⁾	-	-	14 502	34 946	18 936	1 393	-	-	-	131 351
Angestelltenversicherung	6 005	30 448	-	169 290	-	24 866	-	20 327	4 803	-	-	-	255 739
Knappschaftsversicherung	-	-	335	21 180	-	-	-	-	-	-	-	-	21 515
Sonstige Sozialversicherung	-	-	205	411	-	-	3 142	7 065	-	-	1	-	10 824
Private und Öffentliche Versicherungsunternehmen	6 741	195 122	145 124	181 635	7 540	31 424	239 572	120 755	23 323	-	-	-	951 236
Gebietskörperschaften	148 007	50 873	261 551	673 837	16 001	184 344	56 423	33 504	27 489	14 180	617	-	1 466 826
Sonstige Verwaltungsstellen	-	278 613	5 921	37 995	1 678	38	2 242	182 338	6	2 527	6 711	-	518 069
zusammen	409 994	1 009 900	1 502 979	2 737 126	303 943	982 885	931 942	1 935 910	371 635	65 814	32 444	1 450	10 286 022

Summenabweichung durch Runden der Zahlen.

1) Einschliesslich Angestelltenversicherung.

noch: 5. Umstellungsgrundschulden nach Art

b) aus Privat-

Anzahl

Art der Verwaltungsstellen	Schlesw.-Holstein	Hamburg	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen	Bremen	Hessen	Württb.-Baden	Bayern	Rheinl.-Pfalz	Baden	Württb.-Hohenz.	Lindau	zusammen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
auf land-u. forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken:													
Hypothekenbanken	21	15	90	57	13	10	67	2 089	-	-	-	-	2 362
Öffentl. rechtl. Kreditanstalten	1 212	60	4 545	364	-	2 259	140	170	-	-	34	6	8 790
Sonstige Bodenkreditinstitute	-	-	-	21	-	-	-	-	15	-	-	-	36
Sparkassen	4 022	588	3 468	1 896	39	32	422	2 081	180	157	85	12	12 982
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	24	10	828	592	-	22	189	1 063	2	36	-	-	2 766
Kreditbanken	1	-	61	-	-	-	22	187	-	-	-	-	271
Bausparkassen	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
Invalidenversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestelltenversicherung	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	1
Knappschaftsversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
Private und öffentliche Versicherungsunternehmen	20	18	2	2	-	-	13	46	-	-	-	-	101
Gebietskörperschaften	11	-	-	26	-	-	2	4	-	-	-	-	43
Sonstige Verwaltungsstellen	-	-	-	-	-	-	-	8	-	-	71	-	79
zusammen	5 311	691	8 994	2 958	52	2 324	857	5 648	197	193	190	18	27 433
auf sonstigen (städt.) Grundstücken:													
Hypothekenbanken	2 967	6 412	8 262	7 821	2 635	3 273	2 532	9 320	793	33	-	-	44 048
Öffentl. rechtl. Kreditanstalten	4 759	10 069	14 553	3 694	2 944	12 084	1 680	795	-	22	336	28	50 964
Sonstige Bodenkreditinstitute	-	144	155	2 938	-	250	407	278	-	-	-	-	4 172
Schiffpfandbriefbanken	-	121	-	7	2	-	-	-	-	-	-	-	130
Sparkassen	24 791	52 584	22 417	58 867	9 664	2 441	4 195	10 926	3 916	1 806	802	114	192 523
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	91	91	1 410	868	-	29	579	1 390	7	412	-	7	4 884
Kreditbanken	-	-	226	-	2	-	346	558	-	-	-	-	1 132
Bausparkassen	-	-	40	55	-	6	95	9	9	-	-	-	214
Invalidenversicherung	38	49	-	-	-	271	74	114	-	-	-	-	546
Angestelltenversicherung	38	204	-	1 514	-	115	-	8	-	-	-	-	1 879
Knappschaftsversicherung	-	-	28	18	-	-	-	-	-	-	-	-	46
Sonstige Sozialversicherung	-	-	-	1	-	-	13	-	-	-	-	-	14
Private und öffentliche Versicherungsunternehmen	226	2 704	647	1 173	-	109	1 311	1 025	25	-	-	-	7 220
Gebietskörperschaften	76	67	29	2 169	-	4	25	76	-	16	1	-	2 463
Sonstige Verwaltungsstellen	-	14	-	6	-	-	12	1 475	-	38	282	-	1 827
zusammen	32 986	72 459	47 767	79 131	15 247	18 582	11 269	25 974	4 750	2 327	1 421	149	312 062
zusammen auf allen Grundstücken:													
Hypothekenbanken	2 988	6 427	8 352	7 878	2 648	3 283	2 599	11 409	793	33	-	-	46 410
Öffentl. rechtl. Kreditanstalten	5 971	10 129	19 098	4 058	2 944	14 343	1 820	965	-	22	370	34	59 754
Sonstige Bodenkreditinstitute	-	144	155	2 959	-	250	407	278	15	-	-	-	4 208
Schiffpfandbriefbanken	-	121	-	7	2	-	-	-	-	-	-	-	130
Sparkassen	28 813	53 172	25 885	60 763	9 703	2 473	4 617	13 007	4 096	1 963	887	126	205 505
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	115	101	2 238	1 460	-	51	768	2 453	9	448	-	7	7 650
Kreditbanken	1	-	287	-	2	-	368	745	-	-	-	-	1 403
Bausparkassen	-	-	40	55	-	6	96	9	9	-	-	-	215
Invalidenversicherung	38	49	-	-	-	271	74	114	-	-	-	-	546
Angestelltenversicherung	38	204	-	1 514	-	116	-	8	-	-	-	-	1 880
Knappschaftsversicherung	-	-	28	18	-	-	-	-	-	-	-	-	46
Sonstige Sozialversicherung	-	-	-	1	-	-	14	-	-	-	-	-	15
Private und öffentliche Versicherungsunternehmen	246	2 722	649	1 175	-	109	1 324	1 071	25	-	-	-	7 321
Gebietskörperschaften	87	67	29	2 195	-	4	27	80	-	16	1	-	2 506
Sonstige Verwaltungsstellen	-	14	-	6	-	-	12	1 483	-	38	353	-	1 906
zusammen	38 297	73 150	56 761	82 089	15 299	20 906	12 126	31 622	4 947	2 520	1 611	167	339 495

und Sitz der Verwaltungsstellen

hypotheken

Betrag in 1000 DM

Art der Verwaltungsstellen	Schlesw.-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Bremen	Hessen	Württbg.-Baden	Bayern	Rheinl.-Pfalz	Baden	Württbg.-Hohenz.	Lindau	zusammen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
auf land-u.forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken:													
Hypothekenbanken	103	46	499	811	65	42	300	7 031	-	-	-	-	8 897
Öffentl.rechtl.Kreditanstalten	5 695	184	22 319	2 856	-	11 799	1 343	484	-	-	210	25	44 915
Sonstige Bodenkreditinstitute	-	-	-	78	-	-	-	-	26	-	-	-	104
Sparkassen	12 907	1 788	9 527	10 774	79	157	3 196	4 444	850	594	457	32	44 805
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	59	11	2 993	2 006	-	220	1 003	2 121	10	194	-	-	8 617
Kreditbanken	3	-	232	-	-	-	94	457	-	-	-	-	786
Bausparkassen	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	3
Invalidenversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestelltenversicherung	-	-	-	-	-	90	-	-	-	-	-	-	90
Knappschaftsversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
Private und Öffentliche Versicherungsunternehmen	113	239	2	128	-	-	144	151	-	-	-	-	777
Gebietskörperschaften	47	-	-	48	-	-	1	17	-	-	-	-	113
Sonstige Verwaltungsstellen	-	-	-	-	-	-	-	7	-	-	404	-	411
zusammen	18 927	2 268	35 572	16 701	145	12 307	6 085	14 713	886	788	1 071	57	109 520
auf sonstigen (städt.) Grundstücken:													
Hypothekenbanken	7 696	44 905	102 838	476 928	17 829	28 203	30 187	142 022	7 939	226	-	-	858 773
Öffentl.rechtl.Kreditanstalten	69 647	50 434	78 223	171 738	23 572	78 332	14 196	5 468	-	233	1 590	279	493 712
Sonstige Bodenkreditinstitute	-	2 035	913	4 699	-	602	463	1 869	-	-	-	-	10 581
Schiffspfandbriefbanken	-	1 269	-	46	585	-	-	-	-	-	-	-	1 900
Sparkassen	79 125	309 106	127 076	301 104	40 376	16 454	32 609	49 773	25 047	30 154	5 594	710	1 017 128
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	391	364	3 530	3 068	-	192	4 676	7 270	201	4 178	-	20	23 890
Kreditbanken	-	-	1 274	-	7	-	4 203	7 731	-	-	-	-	13 215
Bausparkassen	-	-	171	216	-	18	658	38	50	-	-	-	1 151
Invalidenversicherung	232	1 348	-	-	-	921	1 251	760	-	-	-	-	4 512
Angestelltenversicherung	187	2 729	-	7 017	-	906	-	42	-	-	-	-	10 881
Knappschaftsversicherung	-	-	14	277	-	-	-	-	-	-	-	-	291
Sonstige Sozialversicherung	-	-	-	3	-	-	126	-	-	-	-	-	129
Private und Öffentliche Versicherungsunternehmen	858	18 482	6 276	7 494	-	839	30 302	9 529	210	-	-	-	73 990
Gebietskörperschaften	234	330	464	14 684	-	15	205	559	-	206	2	-	16 699
Sonstige Verwaltungsstellen	-	195	-	62	-	-	115	10 750	-	264	2 172	-	13 558
zusammen	158 370	431 198	320 779	987 336	82 368	126 482	118 990	235 810	33 447	35 261	9 358	1 009	2 540 408
zusammen auf allen Grundstücken:													
Hypothekenbanken	7 799	44 951	103 337	477 739	17 894	28 245	30 487	149 053	7 939	226	-	-	867 670
Öffentl.rechtl.Kreditanstalten	75 342	50 618	100 542	174 594	23 572	90 131	15 539	5 952	-	233	1 800	304	538 627
Sonstige Bodenkreditinstitute	-	2 035	913	4 777	-	602	463	1 869	26	-	-	-	10 685
Schiffspfandbriefbanken	-	1 269	-	46	585	-	-	-	-	-	-	-	1 900
Sparkassen	92 032	310 894	136 603	311 878	40 455	16 611	35 805	54 217	25 897	30 748	6 051	742	1 061 933
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	450	375	6 523	5 074	-	412	5 679	9 391	211	4 372	-	20	32 507
Kreditbanken	3	-	1 506	-	7	-	4 297	8 188	-	-	-	-	14 001
Bausparkassen	-	-	171	216	-	18	661	38	50	-	-	-	1 154
Invalidenversicherung	232	1 348	-	-	-	921	1 251	760	-	-	-	-	4 512
Angestelltenversicherung	187	2 729	-	7 017	-	996	-	42	-	-	-	-	10 971
Knappschaftsversicherung	-	-	14	277	-	-	-	-	-	-	-	-	291
Sonstige Sozialversicherung	-	-	-	3	-	-	127	-	-	-	-	-	130
Private und Öffentliche Versicherungsunternehmen	971	18 721	6 278	7 622	-	839	30 446	9 680	210	-	-	-	74 767
Gebietskörperschaften	281	330	464	14 732	-	15	206	576	-	206	2	-	16 812
Sonstige Verwaltungsstellen	-	195	-	62	-	-	115	10 757	-	264	2 576	-	13 969
zusammen	177 297	433 466	356 351	1 004 037	82 513	138 789	125 075	250 523	34 333	36 049	10 429	1 066	2 649 928

Summenabweichung durch Runden der Zahlen.

noch: 5. Umstellungsgrundschulden nach Art

c) aus umgestellten Rechten

Anzahl

Art der Verwaltungsstellen	Schlesw.-Holstein	Hamburg	Nieder-sachsen	Worderhein-Westfalen	Bremen	Hessen	Württbg.-Baden	Bayern	Rheinl.-Pfalz	Baden	Württbg.-Hohenz.	Lindau	zusammen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
auf land-u.forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken:													
Hypothekenbanken	-	1	-	1	2	-	30	499	-	-	-	-	533
Öffentl.rechtl.Kreditanstalten	2 549	-	384	587	-	176	8	9 233	476	-	8	1	13 422
Sonstige Bodenkreditinstitute	-	-	-	461	-	-	-	-	5	-	-	-	466
Sparkassen	183	49	328	108	-	47	145	440	264	76	19	12	1 671
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	-	1	6 706	3 797	-	2	234	161	313	-	-	-	11 214
Kreditbanken	4	-	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6
Bausparkassen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Invalidenversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestelltenversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Knappschaftsversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Private und Öffentliche Versicherungsunternehmen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gebietskörperschaften	306	-	-	27	-	-	2	-	-	1	-	-	336
Sonstige Verwaltungsstellen	-	-	-	-	-	-	2	1	-	-	9	-	12
zusammen	3 042	51	7 420	4 981	2	225	421	10 334	1 058	77	36	13	27 660
auf sonstigen (städt.) Grundstücken:													
Hypothekenbanken	1 129	5 003	-	1 576	45	2	1 747	4 101	22	16	-	-	13 641
Öffentl.rechtl.Kreditanstalten	992	1 421	1 339	1 754	491	432	336	10	-	1	58	9	6 843
Sonstige Bodenkreditinstitute	-	32	5	58	-	-	-	1 190	1 423	-	-	-	2 708
Schiffpfandbriefbanken	-	44	-	3	2	-	-	-	-	-	-	-	49
Sparkassen	2 017	113	2 123	6 225	305	325	1 215	3 649	4 782	454	83	38	21 329
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	3	2	847	6 826	-	11	381	69	187	18	-	1	8 345
Kreditbanken	-	-	5	-	5	-	29	511	-	-	-	-	550
Bausparkassen	-	-	-	-	-	2	2	5	4	-	-	-	13
Invalidenversicherung	-	-	-	-	-	-	80	56	-	-	-	-	136
Angestelltenversicherung	-	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	3
Knappschaftsversicherung	-	-	-	5	-	-	-	-	-	-	-	-	5
Sonstige Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	1	175	-	-	-	-	176
Private und Öffentliche Versicherungsunternehmen	-	51	2	84	-	33	62	80	55	-	-	-	367
Gebietskörperschaften	1 464	-	365	2 610	-	152	107	-	-	1	18	-	4 717
Sonstige Verwaltungsstellen	-	-	-	-	-	-	5	487	4 233	-	6	-	4 731
zusammen	5 605	6 666	4 686	19 141	848	957	3 965	10 336	10 706	490	165	48	63 613
zusammen auf allen Grundstücken:													
Hypothekenbanken	1 129	5 004	-	1 577	47	2	1 777	4 600	22	16	-	-	14 174
Öffentl.rechtl.Kreditanstalten	3 541	1 421	1 723	2 341	491	608	344	9 243	476	1	66	10	20 265
Sonstige Bodenkreditinstitute	-	32	5	519	-	-	-	1 190	1 428	-	-	-	3 174
Schiffpfandbriefbanken	-	44	-	3	2	-	-	-	-	-	-	-	49
Sparkassen	2 200	162	2 451	6 333	305	372	1 360	4 089	5 046	570	102	50	23 000
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	3	3	7 553	10 623	-	13	615	230	500	18	-	1	19 559
Kreditbanken	4	-	7	-	5	-	29	511	-	-	-	-	556
Bausparkassen	-	-	-	-	-	2	2	5	4	-	-	-	13
Invalidenversicherung	-	-	-	-	-	-	80	56	-	-	-	-	136
Angestelltenversicherung	-	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	3
Knappschaftsversicherung	-	-	-	5	-	-	-	-	-	-	-	-	5
Sonstige Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	1	175	-	-	-	-	176
Private und Öffentliche Versicherungsunternehmen	-	51	2	84	-	33	62	80	55	-	-	-	367
Gebietskörperschaften	1 770	-	365	2 637	-	152	109	-	-	2	18	-	5 053
Sonstige Verwaltungsstellen	-	-	-	-	-	-	7	4 488	4 233	-	15	-	8 743
zusammen	8 647	6 717	12 106	24 122	850	1 182	4 386	24 670	11 764	567	201	61	95 273

und Sitz der Verwaltungsstellen

sonstiger Gläubiger

Betrag in 1000 DM

Art der Verwaltungsstellen	Schlesw.-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Worrrhein-Westfalen	Bremen	Hessen	Württbg.-Baden	Bayern	Rheinl.-Pfalz	Baden	Württbg.-Hohens.	Lindau	zusammen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
auf land-u.forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken:													
Hypothekenbanken	-	3	-	8	11	-	80	871	-	-	-	-	973
Öffentl.rechtl.Kreditanstalten	1 076	-	353	3 881	-	583	12	30 340	1 563	-	24	-	37 832
Sonstige Bodenkreditinstitute	-	-	-	3 484	-	-	-	-	96	-	-	-	3 580
Sparkassen	710	90	1 133	457	-	80	267	328	677	194	39	46	4 021
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	-	4	13 794	9 777	-	-	550	123	772	-	-	-	25 020
Kreditbanken	2	-	8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10
Bausparkassen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Invalidenversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestelltenversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Knappschaftsversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Private und Öffentliche Versicherungsunternehmen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gebietskörperschaften	659	-	-	97	-	-	2	-	-	-	-	-	758
Sonstige Verwaltungsstellen	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	17	-	19
zusammen	2 447	96	15 288	17 704	10	663	913	31 663	3 108	194	80	46	72 213
auf sonstigen (städt.) Grundstücken:													
Hypothekenbanken	6 040	59 655	-	14 132	681	17	16 035	41 484	286	213	-	-	138 543
Öffentl.rechtl.Kreditanstalten	4 080	16 112	6 046	12 648	3 500	2 351	6 284	127	-	19	725	73	51 963
Sonstige Bodenkreditinstitute	-	4	1 143	38 046	-	-	-	2 137	29 411	-	-	-	70 741
Schiffspfandbriefbanken	-	1 142	-	119	8	-	-	-	-	-	-	-	1 269
Sparkassen	5 682	333	6 679	41 205	3 669	1 351	12 605	16 272	30 868	3 356	324	409	122 753
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	16	4	2 746	19 646	-	44	2 945	641	3 634	328	-	17	30 021
Kreditbanken	-	-	37	-	8	-	592	45 804	-	-	-	-	46 441
Bausparkassen	-	-	-	-	-	11	5	23	24	-	-	-	63
Invalidenversicherung	-	-	-	-	-	-	1 046	1 111	-	-	-	-	2 157
Angestelltenversicherung	-	-	-	-	-	-	-	502	-	-	-	-	502
Knappschaftsversicherung	-	-	-	85	-	-	-	-	-	-	-	-	85
Sonstige Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	4	12 138	-	-	-	-	12 142
Private und Öffentliche Versicherungsunternehmen	-	642	65	1 220	-	712	1 518	587	884	-	-	-	5 628
Gebietskörperschaften	5 658	-	1 378	13 812	-	299	892	-	-	5	44	-	22 088
Sonstige Verwaltungsstellen	-	-	-	-	-	-	18	22 540	32 649	-	69	-	55 276
zusammen	21 476	77 890	18 094	140 913	7 867	4 785	41 943	143 366	97 756	3 921	1 162	499	559 672
zusammen auf allen Grundstücken:													
Hypothekenbanken	6 040	59 658	-	14 140	692	17	16 115	42 355	286	213	-	-	139 516
Öffentl.rechtl.Kreditanstalten	5 156	16 112	6 399	16 529	3 498	2 934	6 296	30 467	1 563	19	749	73	89 795
Sonstige Bodenkreditinstitute	-	4	1 143	41 530	-	-	-	2 137	29 507	-	-	-	74 321
Schiffspfandbriefbanken	-	1 142	-	119	8	-	-	-	-	-	-	-	1 269
Sparkassen	6 392	423	7 812	41 662	3 669	1 431	12 872	16 600	31 545	3 550	363	455	126 774
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	16	8	16 540	29 423	-	44	3 495	764	4 406	328	-	17	55 041
Kreditbanken	2	-	45	-	8	-	592	45 804	-	-	-	-	46 451
Bausparkassen	-	-	-	-	-	11	5	23	24	-	-	-	63
Invalidenversicherung	-	-	-	-	-	-	1 046	1 111	-	-	-	-	2 157
Angestelltenversicherung	-	-	-	-	-	-	-	502	-	-	-	-	502
Knappschaftsversicherung	-	-	-	85	-	-	-	-	-	-	-	-	85
Sonstige Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	4	12 138	-	-	-	-	12 142
Private und Öffentliche Versicherungsunternehmen	-	642	65	1 220	-	712	1 518	587	884	-	-	-	5 628
Gebietskörperschaften	6 317	-	1 378	13 909	-	299	894	-	-	5	44	-	22 846
Sonstige Verwaltungsstellen	-	-	-	-	-	-	18	22 542	32 649	-	86	-	55 295
zusammen	25 923	77 986	33 382	158 617	7 875	5 448	42 856	175 029	100 864	4 115	1 242	545	631 885

noch: 5. Umstellungsgrundschulden nach Art

d) ins-

Anzahl

Art der Verwaltungsstellen	Schlesw.-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Wdrhein-Westfalen	Bremen	Hessen	Würtbg.-Baden	Bayern	Rheinl.-Pfalz	Baden	Würtbg.-Hohenz.	Lindau	susammen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
auf land-u. forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken:													
Hypothekenbanken	33	257	2 546	414	194	276	1 084	49 582	293	7	-	-	54 686
Öffentl.rechtl.Kreditanstalten	14 916	75	30 964	30 997	3	17 062	667	11 156	2 521	1	553	7	108 922
Sonstige Bodenkreditinstitute	-	-	-	5 682	-	-	10	-	172	-	-	-	5 864
Sparkassen	13 262	987	23 027	10 577	240	6 014	3 980	16 043	3 248	3 566	1 551	87	82 582
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	2 725	64	9 591	4 492	-	1 764	3 249	7 677	1 615	238	-	-	31 415
Kreditbanken	843	-	244	-	5	-	350	327	6	-	-	-	1 775
Bausparkassen	-	-	100	-	4	5	39	-	-	21	-	-	169
Invalidenversicherung	1	-	6 ¹⁾	-	-	-	1	17	-	-	-	-	25
Angestelltenversicherung	4	-	-	2	-	5	-	5	-	-	-	-	16
Knappschaftsversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	53	-	-	-	-	-	53
Private und Öffentliche Versicherungsunternehmen	101	98	265	87	-	239	335	628	61	-	-	-	1 814
Gebietskörperschaften	1 581	-	4 168	2 629	5	1 160	140	23	1 482	10	4	-	11 202
Sonstige Verwaltungsstellen	-	-	13	-	-	-	7	720	2	-	1 151	-	1 893
susammen	33 466	1 481	70 924	54 890	451	26 525	9 915	86 178	9 400	3 843	3 259	94	300 416
auf sonstigen (städt.) Grundstücken:													
Hypothekenbanken	6 150	21 280	35 484	28 687	14 116	22 454	28 984	98 665	15 298	134	-	-	271 252
Öffentl.rechtl.Kreditanstalten	13 705	16 839	44 660	20 083	11 138	72 509	16 253	4 265	5 209	43	2 928	37	207 669
Sonstige Bodenkreditinstitute	-	13 685	10 554	22 983	-	5 328	4 774	11 018	5 661	-	-	-	74 003
Schiffpfandbriefbanken	-	289	-	83	111	-	-	-	11	-	-	-	494
Sparkassen	59 234	73 494	90 917	277 280	29 468	42 027	32 379	61 559	29 885	8 756	4 449	481	709 929
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	849	349	3 766	9 554	-	1 935	1 706	3 538	1 077	656	-	9	23 439
Kreditbanken	84	-	345	-	72	-	1 166	1 617	65	-	-	-	3 349
Bausparkassen	571	238	1 774	2 650	474	1 349	3 289	687	549	85	-	-	11 666
Invalidenversicherung	671	3 136	1 872 ¹⁾	-	-	2 504	4 429	1 436	305	-	-	-	14 353
Angestelltenversicherung	359	1 166	-	15 739	-	1 042	-	1 103	587	-	-	-	19 996
Knappschaftsversicherung	-	-	170	477	-	-	-	-	-	-	-	-	647
Sonstige Sozialversicherung	-	-	11	20	-	-	368	522	-	-	2	-	923
Private und Öffentliche Versicherungsunternehmen	1 148	15 398	10 612	15 221	1 378	1 612	11 606	10 781	2 303	-	-	-	70 059
Gebietskörperschaften	15 364	3 304	38 230	93 253	574	18 485	5 459	2 744	6 296	1 291	330	-	185 330
Sonstige Verwaltungsstellen	-	8 609	456	2 576	192	7	299	27 306	4 234	295	784	-	44 758
susammen	98 135	157 787	238 851	488 606	57 523	169 252	110 712	225 241	71 480	11 260	8 493	527	1 637 867
zusammen auf allen Grundstücken:													
Hypothekenbanken	6 183	21 537	38 030	29 101	14 310	22 730	30 068	148 247	15 591	141	-	-	325 938
Öffentl.rechtl.Kreditanstalten	28 621	16 914	75 624	51 080	11 141	89 571	16 920	15 421	7 730	44	3 481	44	316 591
Sonstige Bodenkreditinstitute	-	13 685	10 554	28 665	-	5 328	4 784	11 018	5 833	-	-	-	79 867
Schiffpfandbriefbanken	-	289	-	83	111	-	-	-	11	-	-	-	494
Sparkassen	72 496	74 481	113 944	287 857	29 708	48 041	36 359	77 602	33 133	12 322	6 000	568	792 511
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	3 574	413	13 357	14 046	-	3 699	4 955	11 215	2 692	894	-	9	54 854
Kreditbanken	927	-	589	-	77	-	1 516	1 944	71	-	-	-	5 124
Bausparkassen	571	238	1 874	2 650	478	1 354	3 328	687	549	106	-	-	11 835
Invalidenversicherung	672	3 136	1 878 ¹⁾	-	-	2 504	4 430	1 453	305	-	-	-	14 378
Angestelltenversicherung	363	1 166	-	15 741	-	1 047	-	1 108	587	-	-	-	20 012
Knappschaftsversicherung	-	-	170	477	-	-	-	-	-	-	-	-	647
Sonstige Sozialversicherung	-	-	11	20	-	-	421	522	-	-	2	-	976
Private und Öffentliche Versicherungsunternehmen	1 249	15 496	10 877	15 308	1 378	1 851	11 941	11 409	2 364	-	-	-	71 873
Gebietskörperschaften	16 945	3 304	42 398	95 882	579	19 645	5 599	2 767	7 778	1 301	334	-	196 532
Sonstige Verwaltungsstellen	-	8 609	469	2 576	192	7	306	28 026	4 236	295	1 935	-	46 651
susammen	131 601	159 268	309 775	543 486	57 974	195 777	120 627	311 419	80 880	15 103	11 752	621	1 938 283

1) Einschliesslich Angestelltenversicherung.

und Sitz der Verwaltungsstellen

gesamt

Betrag in 1000 DM

Art der Verwaltungsstellen	Schlesw.-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Bremen	Hessen	Württbg.-Baden	Bayern	Rheinl.-Pfalz	Baden	Württbg.-Hohenz.	Lindau	zusammen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
auf land-u.forestwirtschaftlich genutzten Grundstücken:													
Hypothekenbanken	152	1 628	14 997	4 262	1 094	1 251	5 022	134 434	2 054	11	-	-	164 905
Öffentl.rechtl.Kreditanstalten	90 680	196	142 227	153 576	66	47 550	3 659	36 645	7 787	9	1 158	25	483 578
Sonstige Bodenkreditinstitute	-	-	-	62 168	-	-	172	-	3 005	-	-	-	65 345
Sparkassen	39 469	3 470	54 604	37 146	778	10 954	13 308	27 665	7 124	7 425	4 166	247	206 356
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	7 467	210	23 523	12 794	-	4 103	7 208	14 076	3 512	635	-	-	73 530
Kreditbanken	2 695	-	997	-	20	-	725	1 073	130	-	-	-	5 640
Bausparkassen	-	-	240	-	1	-	116	-	-	40	-	-	405
Invalidenversicherung	1	-	440	-	-	-	16	-	27	-	-	-	484
Angestelltenversicherung	228	-	-	31	-	432	-	327	-	-	-	-	1 018
Knappschaftsversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	168	-	-	-	-	-	168
Private und Öffentliche Versicherungsunternehmen	688	2 177	2 319	593	-	1 179	2 147	3 311	140	-	-	-	12 554
Gebietskörperschaften	3 240	-	8 242	5 515	1	2 964	660	96	2 401	21	2	-	23 142
Sonstige Verwaltungsstellen	-	-	31	-	-	-	17	2 249	3	-	4 221	-	6 521
zusammen	144 620	7 681	247 620	276 085	1 960	68 443	33 218	219 903	26 156	8 141	9 547	272	1 043 645
auf sonstigen (städt.) Grundstücken:													
Hypothekenbanken	24 398	193 152	541 801	794 713	177 275	252 355	335 502	1 194 106	179 608	1 051	-	-	3 693 961
Öffentl.rechtl.Kreditanstalten	101 669	117 352	241 440	267 378	65 290	345 401	93 481	38 973	24 192	673	10 269	352	1 306 470
Sonstige Bodenkreditinstitute	-	26 688	34 751	189 659	-	20 596	12 800	38 096	40 073	-	-	-	362 663
Schiffspfandbriefbanken	-	5 695	-	1 726	7 471	-	-	-	96	-	-	-	14 988
Sparkassen	167 581	566 782	361 328	1 205 721	115 457	178 522	217 751	300 113	132 333	72 381	18 485	2 382	3 338 836
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	2 596	1 742	13 992	35 225	-	4 453	12 164	16 954	7 900	6 372	-	55	101 453
Kreditbanken	425	-	2 182	-	349	-	14 942	116 215	6 433	-	-	-	140 546
Bausparkassen	1 231	1 279	5 970	6 137	1 313	2 972	11 074	1 492	1 828	199	-	-	33 495
Invalidenversicherung	4 342	25 486	32 885	-	-	15 423	37 227	20 779	1 393	-	-	-	137 535
Angestelltenversicherung	5 964	33 177	-	176 276	-	25 430	-	20 544	4 803	-	-	-	266 194
Knappschaftsversicherung	-	-	349	21 542	-	-	-	-	-	-	-	-	21 891
Sonstige Sozialversicherung	-	-	205	414	-	-	3 104	19 203	-	-	1	-	22 927
Private und Öffentliche Versicherungsunternehmen	7 024	212 393	149 148	189 884	7 540	31 796	269 389	127 710	24 277	-	-	-	1 019 161
Gebietskörperschaften	151 365	51 203	255 151	696 963	16 000	181 694	56 863	33 984	25 088	14 370	661	-	1 483 342
Sonstige Verwaltungsstellen	-	278 808	5 890	38 057	1 678	38	2 358	213 388	32 652	2 791	5 152	-	580 812
zusammen	466 594	1 513 756	1 645 092	3 623 695	392 373	1 058 680	1 066 655	2 141 559	480 676	97 837	34 568	2 789	12 524 273
zusammen auf allen Grundstücken:													
Hypothekenbanken	24 550	194 780	556 798	798 975	178 369	253 608	340 524	1 328 540	181.662	1 062	-	-	3 858 866
Öffentl.rechtl.Kreditanstalten	192 349	117 548	383 667	420 954	65 356	392 951	97 140	75 618	31 979	682	11 427	377	1 790 048
Sonstige Bodenkreditinstitute	-	26 688	34 751	251 827	-	20 596	12 972	38 096	43 078	-	-	-	428 008
Schiffspfandbriefbanken	-	5 695	-	1 726	7 471	-	-	-	96	-	-	-	14 988
Sparkassen	207 050	570 252	415 932	1 242 867	116 235	189 476	231 059	327 778	139 457	79 806	22 651	2 629	3 545 192
Kreditgenossenschaften und ihre Zentralkassen	10 063	1 952	37 515	48 019	-	8 556	19 372	31 030	11 412	7 007	-	55	174 981
Kreditbanken	3 120	-	3 179	-	369	-	15 667	117 288	6 563	-	-	-	146 186
Bausparkassen	1 231	1 279	6 210	6 137	1 314	2 980	11 190	1 492	1 828	239	-	-	33 900
Invalidenversicherung	4 343	25 486	33 325	-	-	15 423	37 243	20 806	1 393	-	-	-	138 019
Angestelltenversicherung	6 192	33 177	-	176 307	-	25 862	-	20 871	4 803	-	-	-	267 212
Knappschaftsversicherung	-	-	349	21 542	-	-	-	-	-	-	-	-	21 891
Sonstige Sozialversicherung	-	-	205	414	-	-	3 272	19 203	-	-	1	-	23 095
Private und Öffentliche Versicherungsunternehmen	7 712	214 570	151 467	190 477	7 540	32 995	271 536	131 021	24 417	-	-	-	1 031 715
Gebietskörperschaften	154 605	51 203	263 393	702 478	16 001	184 658	57 523	34 080	27 489	14 391	663	-	1 506 484
Sonstige Verwaltungsstellen	-	278 808	5 921	38 057	1 678	38	2 375	215 637	32 655	2 791	9 373	-	587 333
zusammen	611 215	1 521 437	1 892 712	3 899 780	394 333	1 127 123	1 099 873	2 361 460	506 832	105 978	44 115	3 061	13 567 919

Summenabweichung durch Runden der Zahlen.

1) Einschliesslich Angestelltenversicherung.

6. Umstellungsgrundschulden

a) in Verwaltung von Hypothekenbanken

Betrag in 1000 DM

Land, in dem die Hypothekenbanken ihren ursprünglichen Sitz haben	Umstellungsgrundschulden auf Grundstücken in												zusammen
	Schlesw.-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Bremen	Hessen	Württbg.-Baden	Bayern	Rheinl.-Pfalz	Baden	Württbg.-Hohenz.	Lindau	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
auf land-u. forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken:													
Schleswig-Holstein	49	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	49
Hamburg	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Niedersachsen	12	-	396	1 023	-	-	-	-	-	-	-	-	1 431
Nordrhein-Westfalen	46	33	237	3 075	-	21	-	-	247	-	-	-	3 659
Bremen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hessen	165	-	278	126	-	442	20	-	8	-	178	-	1 217
Württemberg-Baden	12	-	93	174	-	313	1 362	25	148	2 314	349	-	4 790
Bayern	260	-	14	269	-	2 193	437	120 409	925	-	1 971	979	127 457
Rheinland-Pfalz	-	-	-	18	-	-	-	15	357	-	-	-	390
Baden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11	-	-	11
Württemberg-Hohenzollern	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lindau	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesgebiet:	544	33	1 018	4 685	-	2 969	1 819	120 449	1 685	2 325	2 498	979	139 004
Gebiete ausserhalb der Bundesrepublik:	2 014	14	6 668	4 704	32	1 103	16	927	336	19	148	49	16 030
zusammen	2 558	47	7 686	9 389	32	4 072	1 835	121 376	2 021	2 344	2 646	1 028	155 034
auf sonstigen (städt.) Grundstücken:													
Schleswig-Holstein	10 662	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10 662
Hamburg	3 661	46 840	1 301	8 397	461	9 008	16	7	2 895	-	-	-	72 586
Niedersachsen	3 539	1 286	37 249	36 006	1 299	6 641	2	4	27	-	-	-	86 053
Nordrhein-Westfalen	3 823	22 757	17 452	198 371	671	7 200	218	611	4 755	52	5	-	255 915
Bremen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hessen	8 978	5 026	12 232	81 911	1 812	89 357	7 445	4 894	8 217	2 231	-	-	222 103
Württemberg-Baden	5 085	10 429	6 278	109 152	70	25 075	88 942	23 405	5 393	17 597	3 249	-	294 675
Bayern	5 627	36 489	36 311	159 963	297	29 107	19 633	719 252	17 033	1 627	549	1 746	1 027 634
Rheinland-Pfalz	-	3 053	9 316	38 486	17	8 486	79	49 287	14 089	-	-	-	122 813
Baden	-	-	-	-	-	-	74	-	-	538	-	-	612
Württemberg-Hohenzollern	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lindau	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesgebiet:	41 375	125 880	120 139	632 286	4 627	174 874	116 409	797 460	52 409	22 045	3 803	1 746	2 093 053
Gebiete ausserhalb der Bundesrepublik:	20 426	48 448	49 321	395 313	8 990	36 607	2 390	18 901	10 249	12 724	177	47	603 593
zusammen	61 801	174 328	169 460	1 027 599	13 617	211 481	118 799	816 361	62 658	34 769	3 980	1 793	2 696 646
zusammen auf allen Grundstücken:													
Schleswig-Holstein	10 711	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10 711
Hamburg	3 661	46 840	1 301	8 397	461	9 008	16	7	2 895	-	-	-	72 586
Niedersachsen	3 551	1 286	37 645	37 029	1 299	6 641	2	4	27	-	-	-	87 484
Nordrhein-Westfalen	3 869	22 790	17 689	201 446	671	7 221	218	611	5 002	52	5	-	259 574
Bremen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hessen	9 143	5 026	12 510	82 037	1 812	89 799	7 465	4 894	8 225	2 231	178	-	223 320
Württemberg-Baden	5 097	10 429	6 371	109 326	70	25 388	90 304	23 430	5 541	19 911	3 598	-	299 465
Bayern	5 887	36 489	36 325	160 232	297	31 300	20 070	839 661	17 958	1 627	2 520	2 725	1 155 091
Rheinland-Pfalz	-	3 053	9 316	38 504	17	8 486	79	49 302	14 446	-	-	-	123 203
Baden	-	-	-	-	-	-	74	-	-	549	-	-	623
Württemberg-Hohenzollern	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lindau	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesgebiet:	41 919	125 913	121 157	636 971	4 627	177 843	118 228	917 509	54 094	24 370	6 301	2 725	2 232 057
Gebiete ausserhalb der Bundesrepublik:	22 440	48 462	55 989	400 017	9 022	37 710	2 406	19 828	10 585	12 743	325	96	619 623
zusammen	64 359	174 375	177 146	1 036 988	13 649	215 553	120 634	937 737	64 679	37 113	6 626	2 821	2 851 680

b) in Verwaltung von öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten

Betrag in 1000 DM

Land, in dem die öffentlich-rechtl. Kreditanstalten ihren ursprünglichen Sitz haben	Umstellungsgrundschulden auf Grundstücken in												zusammen
	Schlesw.-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Bremen	Hessen	Württbg.-Baden	Bayern	Rheinl.-Pfalz	Baden	Württbg.-Hohenz.	Lindau	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
auf land- u. forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken:													
Schleswig-Holstein	83 909	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	83 909
Hamburg	-	12	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12
Niedersachsen	374	105	118 490	410	126	50	-	-	-	-	-	-	119 555
Nordrhein-Westfalen	-	-	-	33 416	-	-	-	-	1 315	-	-	-	34 731
Bremen	-	-	37	-	29	-	-	-	-	-	-	-	66
Hessen	-	-	-	-	-	35 168	-	-	3 879	-	-	-	39 047
Württemberg-Baden	-	-	-	26	-	-	2 019	6	-	148	105	-	2 304
Bayern	-	-	-	-	-	-	-	5 821	41	-	-	-	5 862
Rheinland-Pfalz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Baden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9	-	-	9
Württemberg-Hohenzollern	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	924	-	924
Lindau	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesgebiet:	84 285	117	118 527	33 852	155	35 218	2 019	5 827	5 235	157	1 029	-	286 419
Gebiete ausserhalb der Bundesrepublik:	67 833	-	27 997	12 300	224	1 447	177	3 249	989	60	136	-	114 412
zusammen	152 116	117	146 524	46 152	379	36 665	2 196	9 076	6 224	217	1 165	-	400 831
auf sonstigen (städt.) Grundstücken:													
Schleswig-Holstein	25 407	2 535	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27 942
Hamburg	1 026	49 481	289	-	10	-	-	-	-	-	-	-	50 806
Niedersachsen	370	9 639	143 384	203	3 575	-	-	-	-	-	-	-	157 171
Nordrhein-Westfalen	-	-	-	82 992	-	-	-	-	2 274	-	-	-	85 266
Bremen	10	-	6 685	1	31 522	3	-	-	-	-	-	-	38 221
Hessen	-	-	13	-	-	147 019	-	-	9 290	-	-	-	156 322
Württemberg-Baden	-	-	77	3 882	-	82	59 839	322	-	8 765	35	-	73 002
Bayern	-	-	-	-	-	150	-	33 150	3 265	7	-	71	36 643
Rheinland-Pfalz	-	-	-	-	-	21	-	-	9 327	15	-	-	9 363
Baden	-	-	-	-	-	-	17	-	-	403	-	-	420
Württemberg-Hohenzollern	-	-	-	-	-	-	16	-	-	-	7 938	-	7 954
Lindau	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesgebiet:	26 813	61 655	150 448	87 078	35 107	147 275	59 872	33 472	24 156	9 190	7 973	71	643 110
Gebiete ausserhalb der Bundesrepublik:	5 800	1 811	9 998	76 418	2 641	20 710	195	26	-	86	3	-	117 688
zusammen	32 613	63 466	160 446	163 496	37 748	167 985	60 067	33 498	24 156	9 276	7 976	71	760 798
zusammen auf allen Grundstücken:													
Schleswig-Holstein	109 316	2 535	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	111 851
Hamburg	1 026	49 493	289	-	10	-	-	-	-	-	-	-	50 818
Niedersachsen	744	9 744	261 874	613	3 701	50	-	-	-	-	-	-	276 726
Nordrhein-Westfalen	-	-	-	116 408	-	-	-	-	3 589	-	-	-	119 997
Bremen	10	-	6 722	1	31 551	3	-	-	-	-	-	-	38 287
Hessen	-	-	13	-	-	182 187	-	-	13 169	-	-	-	195 369
Württemberg-Baden	-	-	77	3 908	-	82	61 858	328	-	8 913	140	-	75 306
Bayern	-	-	-	-	-	150	-	38 971	3 306	7	-	71	42 505
Rheinland-Pfalz	-	-	-	-	-	20	-	-	9 327	15	-	-	9 362
Baden	-	-	-	-	-	-	17	-	-	412	-	-	429
Württemberg-Hohenzollern	-	-	-	-	-	-	16	-	-	-	8 862	-	8 878
Lindau	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesgebiet:	111 096	61 772	268 975	120 930	35 262	182 492	61 891	39 299	29 391	9 347	9 002	71	929 528
Gebiete ausserhalb der Bundesrepublik:	73 633	1 811	37 995	88 718	2 865	22 157	372	3 275	989	146	139	-	232 100
zusammen	184 729	63 583	306 970	209 648	38 127	204 649	62 263	42 574	30 380	9 493	9 141	71	1 161 628

noch: 6. Umstellungsgrundschulden aus eigenen Rechten

c) von Bausparkassen d) von Versicherungsunternehmen e) von verlagerten Instituten

Betrag in 1000 DM

Land, in dem die Institute ihren ursprünglichen Sitz haben	Umstellungsgrundschulden auf Grundstücken in												zusammen
	Schlesw.- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Bremen	Hessen	Württbg.- Baden	Bayern	Rheinl.- Pfalz	Baden	Württbg.- Hohenz.	Lindau	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
c) in Verwaltung von Bausparkassen													
Schleswig-Holstein	335	175	123	396	5	35	0	153	-	5	3	-	1 230
Hamburg	384	886	10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1 280
Niedersachsen	64	290	2 365	3 271	47	2	-	-	-	-	-	-	6 079
Nordrhein-Westfalen	4	25	264	3 757	40	189	179	349	194	75	26	-	5 102
Bremen	54	41	131	98	843	45	5	96	40	-	-	-	1 353
Hessen	-	-	0	170	-	2 493	171	47	-	-	70	-	2 951
Württemberg-Baden	64	78	233	1 773	72	629	5 634	801	-	553	688	-	10 525
Bayern	-	-	-	-	-	-	-	1 431	-	-	-	-	1 431
Rheinland-Pfalz	-	-	45	102	19	590	84	196	440	23	6	-	1 505
Baden	-	-	-	8	-	1	65	53	15	88	24	-	254
Württemberg-Hohenzollern	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lindau	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesgebiet:	905	1 495	3 171	9 575	1 026	3 984	6 138	3 126	689	744	817	-	31 670
Gebiete ausserhalb der Bundesrepublik:	227	144	111	351	3	33	-	137	-	4	3	-	1 013
zusammen	1 132	1 639	3 282	9 926	1 029	4 017	6 138	3 263	689	748	820	-	32 683
d) in Verwaltung von privaten und öffentlichen Versicherungsunternehmen													
Schleswig-Holstein	5 434	757	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6 191
Hamburg	10 963	90 315	23 658	34 505	4 674	8 223	6 952	4 085	3 661	836	186	-	188 058
Niedersachsen	3 104	3 050	62 235	26 027	2 854	2 400	844	285	1 883	116	-	-	102 798
Nordrhein-Westfalen	373	3 296	2 393	97 258	479	-1 614	4 031	134	-	54	-	-	109 632
Bremen	7 540	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7 540
Hessen	515	923	1 401	4 205	806	4 286	2 660	929	1 569	-	-	-	17 294
Württemberg-Baden	856	3 443	3 908	10 965	12	4 657	29 741	3 124	943	1 965	681	-	60 295
Bayern	12	50	238	1 942	-	942	1 618	85 324	351	152	-	87	90 716
Rheinland-Pfalz	-	-	-	436	-	-	1 382	-	6 360	170	-	-	8 348
Baden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Württemberg-Hohenzollern	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lindau	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesgebiet:	28 797	101 834	93 833	175 338	8 825	22 122	47 228	93 881	14 767	3 293	867	87	590 872
Gebiete ausserhalb der Bundesrepublik:	17 495	43 286	27 818	136 262	2 824	58 131	27 813	38 356	6 568	1 661	145	-	360 359
zusammen	46 292	145 120	121 651	311 600	11 649	80 253	75 041	132 237	21 335	4 954	1 012	87	951 231

e) in Verwaltung von verlagerten Instituten 1)

Institute	Länder, in denen die belasteten Grundstücke liegen												zusammen
	Schlesw.- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Bremen	Hessen	Württbg.- Baden	Bayern	Rheinl.- Pfalz	Baden	Württbg.- Hohenz.	Lindau	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Hypothekenbanken	22 440	48 462	55 989	400 017	9 022	37 710	2 406	19 828	10 585	12 743	325	96	619 623
Öffentl. rechtl. Kreditanstalten	73 633	1 811	37 995	88 718	2 865	22 157	372	3 275	989	146	139	-	232 100
Sonstige Bodenkreditinstitute	38 074	11 479	58 450	108 468	8 209	30 036	15 682	44 759	13 544	6 317	2 840	-	337 858
Schiffpfandbriefbanken	615	5 496	268	106	91	-	75	227	-	-	-	-	6 878
Bausparkassen	227	144	111	351	3	33	-	137	-	4	3	-	1 013
Angestelltenversicherung	6 005	30 448	-	169 260	-	24 896	-	20 327	4 803	-	-	-	255 739
Private und öffentliche Ver- sicherungsunternehmen	17 495	43 286	27 818	136 262	2 824	58 131	27 813	38 356	6 568	1 661	145	-	360 359
zusammen	158 489	141 126	180 631	903 182	23 014	172 963	46 348	126 909	36 489	20 871	3 452	96	1 813 570

1) Bzw. Instituten mit zweitem Sitz oder Custodian im Bundesgebiet. - Die Beträge in den Tabellen a - d sind zum Teil in diesen Angaben enthalten.